

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Zeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inletale für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 1 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis dreimonatlich: Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 28. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Das Gesetz über die Kaufmannsgerichte.

Der Reichstag soll sich demnächst mit dem Gesetzentwurf über die Kaufmannsgerichte beschäftigen, dessen Bestimmungen bereits bekannt geworden sind. Die bürgerlichen Parteien sind mit dem Inhalte des neuen Gesetzes durchaus zufrieden und wollen nicht viel daran ändern. Ihnen ist eher das Gebotene noch zu weitgehend und sie gehorchen mehr der Not als dem eignen Triebe, wenn sie überhaupt diesen socialpolitischen Schritt thun. Sie wollen die große Schaar der indifferenten Handlungsgehilfen nicht aus ihrer politischen Gefolgschaft verlieren, aber konservative und Nationalliberale hatten anfänglich offen erklärt, daß sie die Rechtsprechung in den handelsgerichtlichen Verurtheilungen nicht von den Amtsgerichten trennen wollten. Daher erscheint ihnen die Regierungsvorlage als ein den Forderungen der Handlungsgehilfen so weit entgegen kommender Schritt, daß sie auf jede Verbesserung verzichten und die Vorlage ohne Modification in der Beratung im Plenum zur Beschlußfassung bringen wollen.

Uns aber erscheint dieser Gesetzentwurf als Ganzes und in seinen einzelnen Teilen nur wieder einmal als Beweis dafür, wie die Reichs-Socialpolitik auf zwei Achsen zu tragen sucht, indem sie ihre Arbeiterfürsorge so einrichtet, daß das Unternehmerinteresse nicht gefährdet wird. Unsere Vertreter im Reichstage werden deshalb versuchen, den Gesetzentwurf so viel als möglich auszugestalten.

Die Socialdemokratie hat bei der jüngsten Revision des Gewerbegerichts-Gesetzes dessen Ausgestaltung in der Weise verlangt, daß u. a. auch die Handlungsgehilfen für ihre Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag ihm unterständen. Die Gleichstellung der Handlungsgehilfen mit den gewerblichen Arbeitern aber vertrat das Unternehmerinteresse nicht, deshalb mußte ein besonderes Gericht geschaffen werden. Und so sollen denn die „Kaufmannsgerichte“ kommen. Ein löblicher Titel, aus dem rüchständigen Geiste entspringend, der in dem Heere der längst proletarisirten Handlungsgehilfen einen besonderen „Kaufmannsstand“ sieht, während die Gehilfen in Wirklichkeit, nach ihrer socialen Lage, ihrer Bezahlung und Behandlung, der Arbeiterklasse angehören. Und was steht nun hinter dem löblichen Titel? Zwar ein widerwilliges aber eben doch ein Eingehen auf die ursprüngliche Forderung der Socialdemokratie, die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehilfen auszuweiten. Weil es eben in der Praxis doch nicht anders ging!

Der ganze Gesetzentwurf ist nichts als eine glatte Ueberschreibung der Bestimmungen des Gewerbegerichts-Gesetzes auf die Kaufmannsgerichte — aber mit einigen kleinen reaktionären Verbesserungen. Und zu dieser Arbeit haben die Geheimräthe des Reichsamts des Innern fast zwei Jahre nötig gehabt! Man hat von den Gewerbegerichten alles übernommen, die grundlegenden Bestimmungen, die Wahlhandlung, das Gerichtsverfahren, die Sitzungs- und Bureau-räumlichkeiten, die Gerichtsschreiberei, den Bureau-dienst, den Vorsitzenden und den Stellvertreter. Nur die Wahlen werden getrennt von den allgemeinen Gewerbegerichts-wahlen vorgenommen, die Verhandlungen finden zu anderer Zeit statt und die Weisiger sind andre, damit die Handlungsgehilfen nur ja nicht mit den organisirten Arbeitern in Verührung geraten.

Dafür bietet dann der Entwurf den Handlungsgehilfen so wenig wie irgend möglich. Für die Unternehmer bringt die Teilung der Gerichte die Annehmlichkeit mit sich, daß sie doppeltes Wahlrecht haben. Sie wählen einmal die Unternehmer-Weisiger am Gewerbegericht und alsdann noch die Unternehmerbeisitzer beim Kaufmannsgericht. Auch sonst sind ihre Interessen in jeder Weise gesichert. Das Wahlrecht ist so eingerichtet, daß die Unternehmer auch bei den Vertrauenswahlen weitgehenden Einfluß haben und ihre Vertrauensleute zu Gehilfenbeisitzern machen können. Enthält das Gesetz doch eine besondere Bestimmung, wonach Gehilfenbeisitzer, auch wenn sie nach ihrer Wahl mehr als 3000 M. Gehalt beziehen, womit sie dem Kaufmannsgericht gar nicht mehr unterstehen, dennoch bis zur nächsten Wahl im Amte bleiben. Und die Wahlperiode ist auf 1—6 Jahre festgesetzt! Da das Kaufmannsgericht, gleich dem Gewerbegericht, Gutachten abgeben, Anträge an gesetzliche Körperschaften und Behörden soll stellen können, ist es für das Unternehmertum sehr wesentlich, wenn dergestalt durch möglichste Verschönerung der Gehilfenschaft jeder auch nur entfernter socialistischer Einfluß von den Kaufmannsgerichten ferngehalten wird.

Für die Gehilfen ist die Wirksamkeit der Gerichte an sich, wie der eigne Einfluß auf die Gerichte so viel als möglich beschränkt. Wie bei den Gewerbegerichten ist das Obligatorium an Orte mit einer Einwohnerzahl von mindestens zwanzigtausend gebunden. Zahlreiche Gemeinden mit beträchtlichem Handelsgewerbe sind daher ohne Kaufmannsgerichte und die Gehilfen folglich ohne Schutz. Dann ist ferner die Bindung der Zuständigkeit an eine Gehaltsgrenze von 3000 M. unpraktisch und dürfte gänzlich fallen, wie es auch weiter eine nur mit der Rücksicht auf das Unternehmerinteresse zu erklärende Unterlassung ist, daß die Zuständigkeit nicht auch auf die Streitigkeiten über die sogenannte „Konkurrenz-klausel“ ausgedehnt wurde und daß die Kaufmannsgerichte nicht gleich den Gewerbegerichten als Einigungsämter wirken sollen.

Die Vorschriften über Wahlberechtigung und Wahlbarkeit hat die Regierung streng in den Grenzen des Gewerbegerichts-Gesetzes gelassen. Die Frauen sind vom Wahlrecht völlig

ausgeschlossen, obwohl gerade im Handelsgewerbe die Zahl der gewerblich thätigen Frauen besonders groß ist und von Jahr zu Jahr mehr anschwillt. Für die männlichen Personen ist zur Wahlberechtigung ein Alter von 25 Jahren erforderlich; damit sind viele Tausende, die dieses Alter noch nicht erreicht haben, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Auch die reaktionäre Bestimmung, daß die Weisiger mindestens 30 Jahre alt sein müssen, ist aus dem Gewerbegerichts-Gesetz übernommen.

Somit kann man dieses Gesetz nur als eine mäßige Reform, nicht als einen wesentlichen Fortschritt bezeichnen. Hoffentlich gelingt es den Bemühungen der Socialdemokratie, das Gesetz dergestalt zu bessern, daß es den beteiligten Schichten der Handlungsgehilfen größeren praktischen Nutzen bringt.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Januar.

#### Zwei Auszeichnungen.

Wilhelms II. Geburtstag hat Anlaß zu zwei Auszeichnungen gegeben, die recht bemerkenswert für unsre Zustände sind: Graf Ballestrem, „bischer“ Präsident des deutschen Reichstages, ist zum erblichen Mitglied des preussischen Herrenhauses berufen worden, und das Kanonenboot „Jltis“ — das Voil — hat den Orden pour le mérite verliehen erhalten. So ist die innere wie die äußere Politik gleichmäßig zu ihrem Recht gekommen.

Daß Graf Ballestrem zum Herrenhausler ward, ist, wie wir meinen, eine durchaus angemessene Klassifizierung des Mannes; er hat diese Beförderung reichlich verdient. Seitdem seine erworbene Weisheit verfliegt, ist er unter die Erbweisen geraten; nun kann es ihm nicht mehr fehlen. Nachdem er durch die Stimme der Erwählten des allgemeinen Wahlrechts verurteilt worden, darf der Schiffbrüchige in dem ewig stillen Hafen anruhen, in dem die Wasser preussischer Reaktion seit mehr als einem halben Jahrhundert faulen.

Die offiziös bediente Presse giebt sich heftige Mühe, darzutun, daß die Berufung Ballestrems nicht etwa die Belohnung für das jüngste allgemein verurteilte Verhalten des Präsidenten im Reichstag sei. Da wird „ausdrücklich festgestellt“, daß die Berufung des bisherigen Reichstags-Präsidenten in das preussische Herrenhaus einem lang gehegten persönlichen Wunsche des Grafen Ballestrem entspricht. Wir können auch hinzufügen, daß die Entscheidung des Kaisers, wonach dieser Wunsch zu erfüllen und die Belohnung des erblichen Sitzes im Herrenhaus am heutigen Tage zu vollziehen sei, bereits erfolgte, lange bevor der Antrag Kardorff das Licht der Welt erblickte. Daß der Name des Grafen Ballestrem gerade in den letzten Tagen in aller Runde war, ist lediglich ein zufälliges Zusammentreffen.

Diese Ertierung des Zufalles ist natürlich borer Unsinn. Wenn die Berufung als Belohnung gedacht war, und wenn man andererseits den Verdacht vermeiden wollte, als sei damit eine Antwort auf die letzten Reichstagsvorgänge geplant, so hätte man die Auszeichnung, wenn sie auch noch so früh beabsichtigt gewesen sein mag, in diesem kritischen Augenblick vertagen können und müssen.

Da diese Vertagung auf eine günstigere Zeit nicht für nötig gehalten wurde, so kann dies nur beweisen, daß es sich nicht um einen Zufall handelt, sondern vielmehr um die gezielte Anerkennung der Thatfache, daß Graf Ballestrem mehr für das Herrenhaus als den Reichstag geeignet sei. Für das Herrenhaus wird er ja auch ein zulänglicher Präsident sein. Uebrigens muß Graf Ballestrem nun sein Mandat zum preussischen Abgeordnetenhaus niederlegen, in dem er seiner Zeit zu den kräftigsten Konatrebellen gehört hat. Man kann sich in der That keinen würdigeren Abschluß für die Laufbahn des Grafen Ballestrem denken: als die Beförderung zum Herrenhausler.

Eine Auszeichnung, wie sie in der neueren Geschichte — die alle kennt Vergleichsfälle — noch nicht vorgelommen sein dürfte, die aber ein treffendes Sinnbild unser Weltzustand darstellt, ist die Verleihung des zweitöchsten preussischen Ordens an ein Schiff, das Kanonenboot „Jltis“. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht folgenden — nicht gegengezeichneten — Erlaß an den „Chef des Kreuzergeschwaders“:

„Ich habe durch das Gemälde „Germans to the front“ welches den ehrenvollen Anteil der Offiziere und Mannschaften meiner Schiffe an dem Seemourzuge gegen Veling zur Darstellung bringt, diese Leistungen geehrt und ihnen ein dauerndes Andenken gesichert. Im gleichen Sinne will ich, daß das Andenken an die That meines Kanonenbootes „Jltis“ im Kampfe um die Taku-Forts fort und fort in meiner Marine lebendig erhalten bleibe. Ich bestimme daher, daß mein Kanonenboot „Jltis“ als besondere äußere Auszeichnung am Bug und in dem Flaggenknopf sowie an den Schiffsböden ein Abbild des Ordens pour le mérite zu führen hat.“

Berlin, Schloß, den 27. Januar 1903.

Wilhelm.

Das „Marine-Verordnungsblatt“ bringt den Erlaß in folgender Form zur Kenntnis:

„Ich will meinem Kanonenboot „Jltis“ zur bleibenden Erinnerung und zur Ehrung des hervorragenden Verhaltens seiner Besatzung in dem Kampfe mit den Taku-Forts am 17. Juni 1900 eine besondere Auszeichnung zu teil werden lassen und bestimme mein Kanonenboot „Jltis“ hat auf der Back über dem Vorseitigen aufgesetzt den Orden pour le mérite und auf dem Flaggenstod einen Flaggenknopf nach dem mir vorgelegten Muster zu tragen. Berlin, den 27. Januar 1903.“

Der Staatssekretär v. Tirpitz ergänzt den Erlaß durch die folgende Verfügung:

„Der Orden pour le mérite ist auf der Back über dem Vorseitigen in ungefährer Mannsgröße so aufzusetzen, daß auf dem Schiff die Wösch darüber frei ausweht. Der Flaggenknopf zeigt den Orden pour le mérite, umgeben von einem bronzenen Lorbeerkranz, welcher oben in einer Spitze endigt und die Inschrift trägt „S. M. S. Jltis 17. Juni 1900“.

Wegen der Ausführung werden der Verft die näheren Angaben zugehen.“

Die Methode, in der Wilhelm II., die bisherigen Traditionen verlassend, den Ordensverleihungen ein ganz neues Gebiet erschließt, ist wieder ein Beleg für die vom Grafen Bälows jüngst gegebene Charakteristik. Man darf wohl annehmen, daß der Vorgang nur den Anfang eines neuen Systems bilden wird und daß künftig auch andern Schiffen, beispielsweise dem „Panther“, Orden der verschiedenen Art und Klassen verliehen werden.

Die Angelegenheit ist schließlich nicht ganz ohne etats-rechtliches Interesse. Der Schmuck kostet Geld, und sofern er nicht aus Privatmitteln bestritten wird, sondern auf Reichskosten erfolgen soll, unterliegt er der Bewilligung des Reichstags.

#### Das preussische Wahlrecht.

Bereits vor 36 Jahren, in der Reichstags-Sitzung vom 28. März 1867, hat Bismarck von den gesetzlichen Bestimmungen betreffs der Wahlen zum preussischen Landtag erklärt: „Ein widerjüngeres, elenderes Wahlgesetz ist noch nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden.“ Trozdem hat dieser geniale Staatsmann sein geliebtes Preußen von jenem Tage an noch bis zum Jahre 1890, also 23 Jahre lang, als Ministerpräsident geleitet, ohne auch nur den Versuch zu einer Abänderung zu machen. Ebenso wenig ist seit Bismarcks Abgang in den letzten 13 Jahren etwas in dieser Richtung geschehen; nur gelegentlich der Miquelischen Finanzreform ist eine Bestimmung zum Wohlfahrtsgesetz ergangen (1898), die das Ganze nur noch lächerlicher machen half.

Dazu kommt, daß selbst für die Vertreter des Systems die Handhabung schwere Bedenken erzeuge muß. So wollte das Gesetz ursprünglich möglichst Wahlkreise von gleicher Einwohnerzahl bilden oder durch Zuweisung von zwei oder drei Abgeordneten erreichen, daß je ein Abgeordneter auf die gleiche Einwohnerzahl, etwa auf 50 000 Einwohner entfiel. Legen wir dagegen die Volkszählung von 1900 zu Grunde, so finden wir, daß in einer Reihe von Kreisen die Bevölkerung so zurückgegangen ist, daß dort auf den einzelnen Abgeordneten weniger als 40 000 Einwohner entfallen, während in andern ein Abgeordneter erst auf mehr als 300 000 Einwohner kommt. Wir haben für sämtliche 433 Abgeordneten die Zahl der auf sie entfallenden Einwohner berechnet. Das Ergebnis bringt die folgende Tabelle:

Es entfallen auf:		Abgeordneten je Einwohner	
Abgeordneten je Einwohner	40 Tausend	28	90—100 Tausend
10	30—40	38	100—150
58	40—50	6	150—200
94	50—60	8	200—300
94	60—70	9	300—370
62	70—80		
90	80—90		

Vergleichen wir Anfang und Schluß der Tabelle, so ergibt sich: In den wirtschaftlich zurückgegangenen Kreisen entfallen auf drei Millionen Einwohner 68 Abgeordnete, in den am mächtigsten angewachsenen auf ebenfalls drei Millionen Einwohner ganze neun Abgeordnete!

Und trotz dieser Zustände haben das Centrum und namentlich die Konservativen noch im vorigen Sommer einen freisinnigen Antrag auf Neueinteilung der Landtags-Wahlkreise entsprechend den geänderten Bevölkerungsziffern mit Hohn zurückgewiesen, die Regierung glänzte bei der Verhandlung durch Abwesenheit. Freilich hat die in Volksversammlungen und Presse behandelte Entschlossenheit der Socialdemokratie, die verrotteten Zustände durch ihre energische Wahlbeteiligung vor den Augen aller Welt bloßzustellen, genügt, um die konservative Gesellschaft unzustimmen. Wiederholt hat ihre Presse die Minister aufgefodert, der Gefahr vorzubeugen; wollte doch bereits im vorigen August die „Post“ sich auf eine „Korrektur der Bezirke“ einlassen, die „Post“ — deren Redig noch wenige Wochen vorher im Abgeordnetenhaus den freisinnigen Antrag in schönster Weise verhöhnt hatte. Ob mit der jetzigen Wiedereinbringung ihres Antrags, die wir bereits erwähnten, die Freisinnigen mehr Glück haben werden?

Die Freisinnigen haben jetzt die weitere Forderung nach geheimer Abstimmung hinzugefügt, zu der ihnen Bälows Ankündigung betreffs der Wahlcouverts für die Reichstagswahl Mut gemacht haben dürfte. Auch im Falle der Annahme dieses Antrags durch Landtag und Regierung würde das preussische System erst zur Höhe des jüngsten sächsischen erhoben werden, an dessen Unhaltbarkeit in Sachsen kaum jemand zweifelt. Warum verlangen die freisinnigen Parteien nicht schlichtweg den endlichen Erlaß eines Wahlgesetzes für Preußen unter Abänderung der Artikel 70—72 der Verfassung, die das Dreiklassenwahlrecht und die indirekte Wahl vorschreiben? Weil sie diese ihre programmatische Forderung gar nicht ernstlich wollen!

#### Deutsches Reich.

Die Sicherung des Wahlheimnisses durch Wahlcouverts und Isolierräume beunruhigt die Konservativen in hohem Maße. Ihre Wähler reden höhnisch vom „Klosettgesetz“ und erheben Tadel, daß den Gemeinden Unkosten verursacht würden. Als die Konservativen beispielsweise in Sachsen das Dreiklassen-Wahlrecht einführen, wodurch die Wahllosen außerordentlich größere wurden, da war keine Rede von dem erhöhten Geldbedarf; ebenso nicht in den Gemeinden, wo man aus Furcht vor den Arbeitern Dreiklassenwahlrecht schuf. Da es sich um eine Verbesserung des Wahlrechts handelt, ist man plötzlich erschrecklich paratam.

In der „Post“ vertheidigt sich der Born gegen die „Entgehung“ des Grafen Bälows in noch nie erlebte Besorgnis um die Möglichkeit freier Ausübung des Reichstags-Wahlrechts. Das Scharfmacherblatt erndet, daß die Vergarbeiter, die in Tagelöhnerarbeit, bei dem neuen, mehr Zeit erfordernden Wahlverfahren nicht mehr in der Lage sein würden, ihre Stimmzettel abzugeben; man möchte, um dies zu vermeiden, eine ganze Tag- und

nicht ansetzen, so daß am Wahltage die ganze Belegschaft, abgesehen von Wählern oder nicht, feiern möchte. Die weiteren Folgen hat die „Post“ entsetzt aus:

Die große Verluste an Volkseinkommen, insbesondere an Arbeitslohn für die Belegschaft, die zur Folge haben möchte, liegt auf der Hand. Durch die Verlängerung des Wahlaktes bis um 7 Uhr werden diese Schwirrigkeiten naturgemäß etwas vermindert werden, ob aber die Verlängerung ausreicht wird, um den in der Tagesarbeit arbeitenden Belegschaften sämtlich die Ausübung ihres Wahlrechts zu ermöglichen, erscheint doch sehr zweifelhaft, und es wäre daher dringend zu wünschen, daß bevor mit der allgemeinen Einführung des geplanten Wahlverfahrens vorgegangen wird, zunächst bei einzelnen Nach- oder Ersatzwahlen die nötigen Erfahrungen gesammelt würden. Man wird sonst Gefahr laufen, mangels solcher Erfahrungen eine große Anzahl von Wählern tatsächlich von der Ausübung des Wahlrechts auszuschließen.

Wie sich die „Post“ unglücklich ereignet für die Ausübung des Wahlrechts! Im Rahmen der Wahlrechts-Ausübung soll die Sicherung des Wahlscheiterns, wenn möglich, hintertrieben werden!

In Wahrheit sind die „Besorgnisse“ der „Post“ natürlich an sich sehr übertrieben. Wenn aber die „Post“ mit Unrecht den Lohnausfall der Bergarbeiter für den Fall des Ausfalls einer Schicht belagert, so hat sie wohl genug Einfluß, daß die Unternehmer die Ausübung des Wahlrechts nicht durch Lohnentziehung entgelten lassen. Sollte jedoch der Einfluß der „Post“ auf die Unternehmerrlasse nicht genügen, so soll sie nur mit uns für die sozialdemokratische Forderung eintreten, daß die Wahlen an einem Sonntag stattfinden. So würden leicht alle Schmerzen behoben. —

Die „Germania“ setzt ihre Rettungsmaßnahmen für ihren Parteipräsidenten mit wahrhaft grandioser Eifer fort. Ihre Artikel werden täglich länger und laufen einander den Vorrang ab im Erwerb der größten Schimpfbefähigung. Erwähnenswertes findet sich in dem gesamten neuen Geschwätz des Centrumsblattes nur an einer Stelle. Dasselbe fragt erstaunt, warum wir uns über die Unmöglichkeit, im Reichstage offen zu sprechen, beschweren; warum wir das, was wir zu sagen haben, nicht in der Zeitung ansprechen, da doch nach Krupp's Tode strafrechtliche Schwierigkeiten nicht bestünden. Die „Germania“ sollte ihr Verlegenheits- und Verlogenheitspiel nicht allzu dreist betreiben! Sie weiß, daß wir längst und zufällig gerade in einer Erwiderung auf einen von ihr selbst erhobenen Entwurf die Privatangelegenheit Krupp für erledigt erklärt haben. Was noch nicht erledigt ist, ist nicht die Privatangelegenheit Krupp, sondern Handlungen anderer, lebender Persönlichkeiten, die im engsten Zusammenhang mit dem Fall Krupp stehen. Niemand kann bei der „Germania“ solche Unwissenheit voraussetzen, daß sie von diesen Dingen, deren Erörterung nur im Reichstage angängig ist, nichts weiß. —

Girius Busch wird in diesem Jahre am 9. Februar den Agrariern gehören. Außer den üblichen Geschäftsberichten steht auf der Tagesordnung: Der Zolltarif und die künftigen Handelsverträge. Auf die Teilnahme von Damen wollen die Wähler verzichten. —

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ unterdrückt schamig die amerikanischen und englischen Prehabürungen über Deutschlands Extraterritorien in Venezuela. Sie hält es dafür für angemessen, ihre Leser über das Urteil belgischer Blätter zu unterrichten. Die Meinung dieser Großmacht ist für die Entwicklung unserer Weltpolitik ja auch so außerordentlich wichtig. —

Eine reaktionäre Masse! Für die Entwicklung der Parteien nicht unbedeutend ist, daß zur Zeit der Führer des bairischen Centrums, Bader, eifrig für ein Kartell aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie wirkt. Dieser Tage hielt Bader in Stuttgart im Volkshaus für das katholische Deutschland einen Vortrag über die Ausbreitung der Sozialdemokratie seit 30 Jahren und die Aufgabe der bürgerlichen Parteien. Er forderte energisch ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien in den Stichwahlen zu den nächsten Reichstagswahlen, um gemeinsam gegen die sozialdemokratischen Kandidaten aufzutreten. Er erklärte es als seine innerste Ueberzeugung, daß das Centrum in ganz Deutschland in der weitestgehenden Weise geneigt sein werde, ein solches Zusammengehen zu unterstützen.

Für die Sozialdemokratie bietet dieser Aufbruch nichts Uebertragendes. Schon im Reichstage zeigt sich das Kartell fast lindenlos. Auch die freisinnige Volkspartei ließ ihm die moralische Unterstützung, und die Wähler der freisinnigen Vereinigung werden draußen im Lande nicht anders denken und handeln. Haben doch namentlich schon in Offenbach antimilitärische Protestanten und Centrumsleute für einen freisinnigen Jubel gestimmt. Wie es in Sachsen im wesentlichen nur noch zwei Parteien giebt: der reaktionäre Reichsmasch und die Sozialdemokratie, so wird in wachsendem Maße der proletarische Massenkampf die schroffste Scheidung der Geister herbeiführen. Wenn heute schon die Militaristen mit den Kulturkämpfern, die Agrarier mit den Vörlern, die Demokraten mit den Junkern Hand in Hand gehen wollen, so beweist das nur die wachsende Macht der Sozialdemokratie. Was das Centrum insbesondere anlangt, so zeigt der Sammelruf Baders, daß allerdings die reaktionär-kapitalistische Entwicklung dieser Partei vollendet ist. —

Die parlamentarischen Kämpfe um den Zolltarif hat unter diesem Titel das Centralbureau der nationalliberalen Partei in einer 108 Seiten umfassenden Broschüre zusammengestellt (Berlin, Wilhelm Völsch).

Die nationalliberale Mitterung ist im Stil der „Freisinnigen Zeitung“ hergestellt, also von Anfang bis zu Ende ein Halbfabrikat. —

Zum Selbstmord des Landrats Willig und über die Posen er Zustände, die ihn herbeiführten, schreibt die nationalliberale „National-Zeitung“:

„Nach der den Dingen ferner Stehende beginnt zu begreifen, daß es sich bei diesem traurigen Ereignis um weit mehr handelt, als um schwere persönliche Gegenstände. Vielmehr weist der Schuß im Herrenhause von Gorkin auch die Träger aus ihren Röhren: handelt es sich doch für die Provinz Posen um die Frage, ob dort ein wirtschaftlich und kulturell rückständiges, national und politisch unfruchtbares, wirtschaftlich und kulturell rückständiges, national und politisch unfruchtbares, wirtschaftlich und kulturell rückständiges, national und politisch unfruchtbares Herrschaft befallen soll, die ihm ein nutzloses und deshalb nutzloses Provinzialregiment seit etwa zwölf Jahren ausgeliefert hat.“

Auf direkte Intervention des Reichslanzlers, der Willig sehr schätzte und ihm persönlich wohl wollte, war dem Verstorbenen ein Posten im auswärtigen Dienst angetragen worden, um ihn aus für ihn unheilvoll gewordenen Umgebungen zu befreien. Während der Verhandlungen hierüber hatte Willig in Erfahrung gebracht, daß einige besonders gefährliche und rabiate Gegner in seinem Kreise die Absicht hätten, die Feier von Kaisers Geburtstag zu einer Demonstration gegen ihn, die dabei präsidierenden Landrat zu benutzen. Auch „höheren Orts“, insbesondere dem Oberpräsidenten, soll diese Absicht der Gegner Willig's bekannt geworden sein. Und nun geschieht etwas Ungeheuerliches, Unglaubliches, das nur in der Provinz der Lohningerei und der Endellande möglich scheint. Anstatt den angeführten von Missethat bedrohten Landrat in jeder Weise zu schützen, anstatt die Autorität des Staates auf die Seite des bedrohten Beamten zu stellen — statt dessen wurde der unglückliche Willig unaufrichtig bestärkt, seinen Posten sofort, jedenfalls vor Kaisers Geburtstag zu verlassen!

Jedenfalls muß dieser Vorfall aufklärt und die Frage beantwortet werden: Ist es schon so weit in Posen, daß die oberste Provinzialbehörde verdiente Staatsbeamte vor agrar-demagogischen Missethaten nicht mehr zu schützen wagt und vor diesen einfach kapituliert? —

Die neuen Kriegsarartikel für die Marine enthalten im § 23 folgende Bestimmung:

Artikel 23. Der Soldat muß auch im Beurlaubtenstande seines Eides eingedenk sein und den ihm obliegenden besonderen Pflichten pünktlich nachkommen. Zuwiderhandlungen ziehen Strafen nach sich.

Als Beurlaubte gelten Reservisten, Landwehrleute und Ersatzreservisten. Nach dem obigen Artikel könnte es nun den Anschein haben, als ob diese Kategorien, die ihre Dienstzeit absolviert haben, auch in politischer Beziehung noch an die Bestimmungen des Jahneides gebunden wären, indem es heißt:

„Ich schwöre... daß ich Seiner Majestät dem König von Preußen, Wilhelm II., in all und jeden Vorfällen... in Kriegs- und Friedenszeiten getreu und redlich diene, Allerhöchst dero Nutzen und Bestes befördere... will.“

Diesem Jahneid ist bekanntlich die künstliche, im Grunde verfassungswidrige Auslegung gegeben worden, als ob der aktive Soldat sich nicht zur Socialdemokratie bekennen dürfe. In der § 28 erteilt sogar dem Vorlaute nach den Ansichten — ob absichtlich oder unabsichtlich, wissen wir nicht —, als ob auch die Beurlaubten militärgerechtlich für ihre Zugehörigkeit zum „Umsurz“ verantwortlich gemacht werden könnten. Das ist natürlich ein Jernum. Die Beurlaubten unterstehen, insofern sie nicht zum Dienst einberufen sind, lediglich dem gemeinen Strafrecht; dem Militär-Strafrecht gegenüber sind sie nur bei Kontrollversammlungen, bei dienstlichen Verhandlungen und Meldungen und wenn sie in Uniform sind, unterworfen. Der Jahneid hindert sie in keiner Weise, an der jedem Bürger verfassungsmäßig zustehenden Freiheit, sich politisch vollständig frei zu betätigen. Man hätte also besser gethan, dem § 28 der neuen Kriegsarartikel eine minder mißzuverstehende Fassung zu geben!

Zeitgemäß ist dagegen folgender Artikel 25. Der Soldat soll die Sitten und Gewohnheiten fremder Völker achten und besonders auch die religiösen Gebräuche und Gefühle Andersgläubiger schonen. — Er muß stets dessen eingedenk sein, daß nach seinem Verhalten die deutsche Marine und weiterhin das ganze deutsche Volk beurteilt wird. —

Noch ein Abzeichen. Der Kaiser hat an seinem Geburtstag ein weiteres Abzeichen gestiftet. Die Offiziere des reitenden Feldjägerscorps sollen hinfort ein Bandelchen mit Hirschkopf, Adler und Kette tragen. —

Ein schwer farriger Minister ist der preussische Landwirtschafts-Minister Herr v. Bobbielski. Der „Reichs-Anzeiger“ bringt nämlich, wenn wir nicht irren, nicht zum erstenmal, folgenden Vermerk:

„Der Bericht über die gestrige (7.) Sitzung des Hauses der Abgeordneten wird wegen verspäteten Einganges des Stenogramms von Reden des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten erst morgen veröffentlicht werden.“

Herr v. Bobbielski scheint besondere Mühe zu haben, seine rednerischen Ausdrücke einigermaßen in Focion zu bringen. —

Wirkungen der Germanisierungspolitik. Aus Thorn wird uns berichtet:

Bei der Wahl der 78 Generalversammlung-Mitglieder der hiesigen Orts-Krankenkasse verloren die deutschen Mitglieder ihre Mandate bis auf eines. 77 Polen wurden gewählt. So wird Polen „germanisiert“. —

Wie der Militarismus die Bauern schützt! Unserm Rammheimer Parteiorgan zufolge soll auf dem Hochlande zwischen dem Sedach-Waldbirnen und Oberburken-Würzburger Eisenbahnlinien für das 14. Armeecorps ein Übungsplatz angelegt werden, dem eine ganze Gemeinde, der Marktsiedler Altheim, zum Opfer fallen wird und zu dem des weiteren eine Anzahl angrenzender Gemarkungen Gelände abzutreten hätten. Es werden im ganzen ca. 2200 Hektar Gelände gebraucht, und die Kosten für Gelände und Gebäude würden 6-7 Millionen betragen.

So fördert der Militarismus die Bauern, indem er sie — expropriert, indem er blühendes Land in starre Wüsten verwandelt. In der experimentiert wird, wie man auf die raffinierteste Weise Tausende von Menschen töten könne. —

Mühlhausen i. G., 25. Januar. (Fig. Ver.) Gegen die Entscheidung des Bezirksrates des Oberelsaß, wodurch auf den Einspruch des „demokratischen“ Stadtrates Krebs hin die Wahl unseres Genossen Emmel in den Landesauswahls für ungültig erklärt wird, ist Refus an den kaiserlichen Rat in Straßburg zulässig. Dabei sind die Fristen für Anmeldung und Rechtfertigung des Refus derartig bemessen, daß wenigstens zwei Monate bis zur endgültigen Entscheidung vergehen. — d. h. die Zeit, in welcher der Landesauswahls die Staatsberatung erledigen muß, wenn überhaupt dieser gemäßigteste aller deutschen Landtage nach dieser Zeit vor den allgemeinen Erneuerungswahlen seines durch die Gemeindevertretungen zu ernennenden Teiles, die im Laufe dieses Jahres zu geschehen haben, noch einmal zusammentritt. Da gegen die Entscheidung des Bezirksrates ganz selbstverständlich der Refus ergriffen wird und der gewählte Abgeordnete bis zur Beendigung des Einspruchsverfahrens dem Gesetze gemäß das Mandat ausüben berechtigt ist, so wird das mit Aufwand äußerster juristischer Spitzfindigkeit geführte hochmüthige Einspruchsverfahren den Herrn v. Köller und die biederen Notabeln des Reichstages in der am 29. d. M. beginnenden Sitzung doch keinenfalls vor der sozialdemokratischen Kritik bewahren können. Die Wahl ist vom Bezirksrat für ungültig erklärt worden unter dem Vorwand, daß das Wahlgemeinschaft verletzt worden sei, indem während des Wahlaktes durch Beobachtung wahrgenommen werden konnte, daß die sozialdemokratische Mehrheit des Gemeinderats die vorher ausgetheilten gedruckten Stimmzettel mit dem Namen Emmel benutzte! — Jivar wurden alle 18 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion auch als Sozialdemokraten gewählt, und alle hatten sich vorher vor aller Welt verpflichtet, bei der Landesauswahlswahl für den Kandidaten der Partei zu stimmen, allein die wachsamsten Behörden des Staates lassen ihnen nur doch einen Schuß angedeihen, den sie nicht verlangen, — einen Schuß freilich, der die beleidigende Voraussetzung in sich schließt, daß einer oder der andre sich als Sozialdemokrat habe wählen lassen, ohne Sozialdemokrat zu sein. Tatsächlich sind von den Gegnern der Partei mehrfach Versuche gemacht worden, einzelne Mitglieder der sozialdemokratischen Gemeindevertretung durch Bedrohung mit wirtschaftlichen Nachteilen zum Umfallen zu bringen. — sogar das Aufkaufen von Wecheln gegen einen in augenblicklich ungünstiger Vermögenslage befindlichen Wirt wurde versucht, um einen Druck zu Gunsten des gegnerischen Kandidaten auf ihn auszuüben. Augenscheinlich hofft man nun, durch listige Manöver dieser Art später doch noch zu einem für Regierung und herrschende Klasse günstigeren Wahlergebnis zu gelangen.

Vöartige Rekrutenshinderung. — Wegen fortgesetzter Mißhandlung, Verleumdung und vorchriftswidriger Behandlung Untergebener, sowie unrechtmäßiger Annahme einer Befehlsgewalt hatte sich der Gefreite Emil Heinz von der vierten Compagnie des westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 16 zu Wilhelm am Rhein vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf zu verantworten. Der Angeklagte fungierte als Rekrutengeleiter und hat sich in der kurzen Zeit vom 23. Oktober bis zum 5. November vorigen Jahres als ein Rekrutenshinderer schimmlichst Art erwiesen. Er hat die ihm anvertrauten Rekruten in zahlreichen Fällen mißhandelt und beschimpft, sie mit Fäßen getreten, mit der Faust unter das Kinn geschlagen. Dem Rekruten Schneider, der ihm zu leise sprach, hat er einmal das Seitengewehr sowie ein Schmelzeisen zwischen die Zähne gesteckt, damit dieser lauter sprechen sollte. Diese Rekrutenshinderereien wurden glücklicherweise bald ans Tageslicht gebracht. In diese Affaire mitverwickelt waren auch eine Anzahl „alter Leute“. Die Muskeliere Schwittay und Morawitzky'schen Compagnie hatten am 3. November v. J. den Rekruten Schneider gehörig verhaun. Schwittay

und die Muskeliere Veil, Kling, sowie der Tambourgefretzte Röttger hatten zugehört, wie Heinz den Schneider mißhandelt hatte, aber vor dem Kriegsgericht am 20. November v. J. unterm Eide ausgesagt, sie wüßten von nichts und hätten nichts gesehen. Der Gefreite Heinz wurde wegen seiner brutalen Handlungstheorie zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde Schwittay wegen vorfälliger Körperverletzung und Heineides zu acht Monaten und einer Woche Gefängnis, Verletzung in die 2. Soldatenklasse und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre verurteilt; ferner Veil und Röttger wegen Heineides zu einem Jahre Zuchthaus, Entfernung aus dem Heere und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre, Kling wegen Heineides zu acht Monaten Gefängnis und Rogall wegen vorfälliger Körperverletzung zu einer Woche Gefängnis.

### Zur Wahlbewegung.

#### Die Offener Protestversammlungen

Sollten, wie wir gestern schon telegraphisch berichtet haben, geprengt werden. Unser Dortmunder Parteiblatt berichtet: Am Samstagvormittag wurden in den Kruppischen Betrieben und in den Kruppischen Kolonien 10 000 gedruckte Handzettel zur Verteilung gebracht mit folgendem Wortlaut:

Samstagabend 8 Uhr im Fossischen Saale zu Essen - West und Sonntagvormittag 11 Uhr in der Borussia zu Essen finden sozialdemokratische Versammlungen statt mit der Tagesordnung: Krupp, Kaiserrede und Socialdemokratie.

Die nicht sozialdemokratisch gestimmte Arbeiterschaft wird dringend gebeten, recht frühzeitig in diesen Versammlungen zu erscheinen.

Der Erfolg war, daß alle Versammlungen für die Socialdemokratie glänzend verliefen. Die eine Versammlung wurde allerdings aufgelöst — man erkennt nicht warum — als in der Diskussion die Rede eines „christlichen“ Arbeiters Beifall und Widerspruch fand.

Die angenommene Resolution lautet:

„Die heutige Versammlung verurteilt das Vorgehen der gesamten Offener und übrigen bürgerlichen Presse bezüglich ihres Verleumdungs-Feldzuges gegen die Socialdemokratie und der Behauptung, diese sei die Mörderin des Herrn Krupp. Die Versammlung verurteilt, das Tischtuch mit der Socialdemokratie nicht zu zerbrechen, sie bringt vielmehr dieser Partei das größte Vertrauen entgegen, da sie die einzige wahrhafte Arbeiterpartei ist, wie dieses erst wieder durch die letzten Wollämpfe zur Evidenz erwiesen ist. Versammelte versprechen ferner, im kommenden Wahlkampf für den Kandidaten der Socialdemokratie, Gräfer-Eberfeld, zu wirken und zu stimmen. Um wirksam die Wahl-agitation betreiben zu können, erkennet Versammlung in der „Arbeiter-Zeitung“ das geeignetste Organ zur Vertretung der Arbeiter-Interessen und wird dementsprechend zu handeln wissen.“ —

Geheimrat Jende, der frühere Direktor der Kruppischen Werke, soll nach einer Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung“ im 20. württembergischen Wahlkreise Jhobau-Marienberg als freiservativer Kandidieren. Die „D. Z.“ meint, diese Kandidatur sei so gut wie aussichtslos, nur ein eigentlicher Agrarier könne auf Sieg rechnen. Wir meinen, weder Herr Jende noch ein Wähler werden den Kreis erobern; wenn in diesem Kreise unser Parteigenosse Rosenow im Jahre 1898 mit nur 100 Stimmen Majorität gewählt wurde, so giebt das den Gegnern noch keineswegs berechtigte Siegesaussichten. Vielmehr wird diesmal sicherlich der Kreis mit weit größerer Majorität von unsrer Partei behauptet werden.

Altenburg. (Fig. Ver.) In unserm Ländchen wirkt die Wahlbewegung schon ihre Wellen. Die Agrarier haben in einer Versammlung des Bundes der Landwirte den seitherigen Abgeordneten Kammerherrn v. Blöbau wieder aufgestellt. Gegen diesen Herrn ist in den Städten des Landes, auch von bürgerlicher Seite aus, in der schärfsten Weise protestiert worden, namentlich wegen seiner Haltung in der Frage der Getreide- und Viehhölle. Die Agrarier haben ihn nun auf eigene Faust aufgestellt und das hat unter den Konterbattionen der Städte arg verdroffen. Der konservativ Reichsverein veranstaltete deshalb eine Versammlung, in der Abgeordnete v. Blöbau sprechen sollte. Diesem Verlangen kam er auch nach, rief dabei antimilitärische Witze und beschimpfte die Socialdemokraten, die Leute im Reichstage sitzen hätten, die man unter keinen Umständen als Deutsche betrachten könne. Schließlich verstieg er sich noch zu der Behauptung, daß die städtische Bevölkerung überhaupt kein Interesse an dem Zolltarif haben könne, denn sie hätte kein Vieh zu verkaufen. In der Diskussion ergriff das Wort der aktive Staatsminister v. Helldorf, der in dieser Eigenschaft auch dem Bundesrat als Mitglied angehört, und ging dem Agrarier Blöbau zu Leibe. Er verurteilte es, daß der Bund der Landwirte eigenmächtig die Kandidatenfrage gelöst habe, denn er habe die feste Ueberzeugung, daß dieser Kandidat bestimmt durchfallen und damit der Wahlkreis den Socialdemokraten ausgeliefert werde. Mit seiner Stellungnahme zum Antrag Kardorf habe der Abgeordnete sich an die Seite der Socialdemokraten gestellt, das werde im Lande falsch aufgefaßt. Als Landwirt müsse er sagen, daß man einen günstigeren Tarif gar nicht hätte kriegen können.

Der Abgeordnete v. Blöbau erwiderte ziemlich ungenau, indem er meinte, man habe vor seiner Wahl genau gewußt, welchen Standpunkt er einnehme. Uebrigens sei er für seine Person bereit, einem andern reichstreuem Mann zum Siege zu verhehlen.

Für den Bund der Landwirte ist diese Antwort nicht verbindlich, die Wähler werden unter keinen Umständen, nachdem sie fünf Jahre das Mandat befehlen haben, auf eine eigene Kandidatur verzichten. Nachdem nun der Staatsminister in übrigens unzulässiger Weise aktiv in die Bewegung eingegriffen hat, wird jedenfalls ein besonderer konservativer Kandidat aufgestellt werden, der dann auf die weitgehendste Unterstützung seitens der Regierung rechnen kann.

Die Angst vor einem Siege unsrer Genossen ist groß, und deshalb ärgert man auch vor den schafelsten Mitteln nicht zurück. Der Herzog feiert in diesem Jahre sein fünfzigjähriges Regierungsjubiläum und nun sagt man jetzt schon, daß man es dem Herzog doch nicht anthun dürfe, ihn seine Jubiläumskrone dadurch zu verderben, daß man gerade zu dieser Zeit einen Socialdemokraten in den Reichstag wähle. Der Agrarier siegte 1898 mit 15 875 Stimmen über den Socialdemokraten, der es auf 14 143 Stimmen brachte. Der Wahlkreis ist reif für uns und wir rechnen bestimmt darauf, daß wir ihn holsen. —

### Ausland.

#### Marokko.

Die Truppen des Sultans und die Rebellen stehen sich augenblicklich in der Nähe von Fez gegenüber. Es haben bereits einige Scharamügel stattgefunden. Unter der Bevölkerung herrscht große Verunsicherung, da die Zahl der Rebellen die der Regierungstruppen bedeutend übersteigen soll. Der Sultan soll regierungsmüde sein und beabsichtigen, den Kampf aufzugeben.

Tanger, 27. Januar. Nach den letzten Nachrichten aus Fez haben 4000 Mann Truppen des Sultans eine Stellung auf einem Hügel eingenommen, der zwischen der Stadt und dem Seebusse liegt und die über diesen führende Brücke beherrscht. Der Sultan selbst und seine Leibwache haben auf einem Hügel Stellung genommen, von dem die Stadt im Süden beherrscht wird. Diese beiden Stellungen sind besetzt worden, die Verschanzungen werden von weiteren 3000 Mann verteidigt. Eine andre Abteilung von 2000 Mann reitender Truppen lagert am rechten Ufer des Sebu ungefähr 12 Kilometer östlich von der über den Fluß führenden Brücke. Ungefähr neun Kilometer nördlich von der Stadt lagert ebenfalls eine größere Abteilung Truppen des Sultans. Im ganzen dürfte die Stärke der Sultanstruppen 12 000 Mann nicht überschreiten. —

## Österreich-Ungarn.

**Arbeitslosen-Demonstration in Prag.** Etwa 2000 Arbeitslose hielten am Montag eine Versammlung ab und zogen nach Schluß derselben unter den Rufen: „Gibt uns Arbeit und Brot!“ durch die Straßen. Die Sicherheitswache schritt ein, nahm mehrere Verhaftungen vor und zerstreute die Menge schließlich.

## England.

**Das Urteil gegen den irischen Abgeordneten Lynch** wird aller Wahrscheinlichkeit nicht vollzogen werden. Wie die Exchange Telegraphs berichten, wird das Todesurteil gegen den Obersten Lynch zunächst in lebenslängliche Haft verwandelt und auch diese nach einigen Jahren aufgehoben werden.

Barbarisch bleibt der Justizakt trotzdem! —

## Sizilien.

Die Befandten der Mächte bereiten eine Antwort auf die letzte chinesische Note vor. Sie sehen in derselben davon ab, in der Frage des von China vorgeschlagenen Verzichts auf Zahlung der durch den Silberpreisfall entstandenen Erhöhung der Entschädigungssumme eine die Mächte bindende Stellung zu nehmen. Hingegen wird die Note befriedigend darüber ausbrücken, daß China thätigkeitsmäßig zugiebt, daß die Schuld auf der Goldbasis besteht und die Erklärung anschließt, daß der Vorschlag, die Zölle auf der Goldbasis zu erheben, unbrauchbar sei.

Die englische, die amerikanische und die französische Befandtschaft erheben förmlichen Einspruch gegen die Ernennung von Giulio Sanz zum Gouverneur von Schari, da seine Mitschuld an der Ermordung der Missionare in Hunan erwiesen sei.

## Venezuela.

### Vor San Carlos

herrscht zur Zeit Waffenruhe, die auch hoffentlich nicht wieder unterbrochen werden wird, trotzdem ja trotz der mehrjährigen großen Kanonade die Situation noch immer die gleiche ist wie nach dem Rückzug des „Panther“. Selbstverständlich sind wir die letzten, die der deutschen Regierung einen Vorwurf daraus machen würden, daß sie diesmal die Rolle des Klügeren, der nachgibt, gespielt hat. Im Gegenteil würden wir sogar mit unserer Anerkennung dieses ersten verständigen Schrittes der deutschen Regierung nicht zurückhalten, wenn wir annehmen könnten, daß die Erkenntnis, einen Fehler begangen zu haben, und die ehrliche Absicht, den Fehler nach Möglichkeit vergessen zu machen, und nicht ein diplomatischer Wegweiser diesen Verzicht auf „Sühne“ veranlaßt hat. Wie dem auch sein mag, das Bombardement des venezolanischen Forts scheint nicht wiederholt werden zu sollen. „Vineta“ hat den Schaulust ihrer Daten verlassen, nur „Panther“ und „Jalle“ liegen noch zur „Beobachtung“ vor der Barre von Maracaibo.

### Beste und wirkt allerdings wieder das böllige Ausbleiben einer offiziellen Nachricht.

Die Einstellung des Bombardements erfolgte am Freitag. Eine amtliche Nachricht, die an diesem Tage doch zweifellos ausgegeben worden ist, hätte demnach — wenn man das Beförderungstempo der letzten amtlichen Befehle des Kommodore Scheder zu Grunde legt — bereits gestern bekannt gegeben werden müssen. Ist doch das am 21. Januar vor San Carlos ausgegebene Telegramm Scheders an Abend des 23. durch das Wolffsche Bureau verbreitet worden. Demnach hätten die Vorgänge vom 23. spätestens am 26. amtlich mitgeteilt werden müssen!

### Ueber die Kommissionsverhandlungen

wird gemeldet:

**Washington, 26. Januar.** (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Es verlautet, Boliven werde im Namen Venezuelas 30 Proz. der Zölle von Puerto Cabello und La Guayra als Sicherheit anbieten. Diefelben sollten von einer gemischten Kommission erhoben werden, in welche jede Macht einen Vertreter zu entsenden hätte.

**Washington, 26. Januar.** (Laffan-Meldung.) Es darf als gewiß angenommen werden, daß weder Präsident Roosevelt noch Staatssekretär Hay an der Durchführung der Sendung Bolovens thätigen Anteil zu nehmen wünschen; sie stehen ihm aber mit ihrem Rat zur Seite. Zwischen Boloven und Vertretern der Mächte haben sich ausgezeichnete persönliche Beziehungen entwickelt, und allseitig tritt das ehrliche, ernste Bestreben zu Tage, bei dem Meinungsaustrausch zu einem ersprießlichen Ergebnis zu kommen.

**New York, 27. Januar.** Die optimistische Anschauung in der Venezuela-Frage hält an. Auch Boloven soll der Ansicht sein, daß eine Verständigung unmittelbar bevorsteht.

**New York, 27. Januar.** Der englische Botschafter Herbert teilt gestern in Washington mit, daß seine Regierung sich bereit erklärt habe, die Blockade aufzuheben und ihren Einfluß bei Deutschland und Italien zu Gunsten der Blockade geltend zu machen.

### Das Fiasko der deutschen Amerika-Politik.

Ueber die Ursachen des Misserfolges Holbeins und das ganze mißglückte Liebeswerben Deutschlands um die Gunst der Vereinigten Staaten erhält die „Voss. Ztg.“ aus New York von einem „ausgezeichneten Kenner der amerikanischen Verhältnisse“ eine lange Zuschrift, die bestätigt, wie sehr unsere Kritik der deutschen Amerika-Politik, insbesondere der Pringenzweise, ins Schwarze getroffen hat. In der Zuschrift heißt es:

Die Schenkung des Friedrich-Standbildes war ein Mißgriff. Man erblickte darin eine das richtige Maß überschreitende Liebenswürdigkeit, und während man in Deutschland offen die Meinung vertrat, daß nicht so offenkundig um die Gunst der Amerikaner geworden werden dürfe, sprach man hier die Ansicht aus, es gesehe zu viel in der eingeschlagenen Richtung, und brachte dem Gesandten Geringschätzung entgegen.

Auch die Erledigung der Venezuela-Angelegenheit ist nicht mit großem Geschick begonnen worden. Auch hier ist wieder die falsche Auffassung amerikanischer Verhältnisse erkennbar. Es wird behauptet, der Präsident und das hiesige auswärtige Amt seien über die Forderungen Venezuelas gegen Venezuela genau unterrichtet worden. Das ist möglich und sogar wahrscheinlich. Aber man unterließ es, auch das amerikanische Volk durch die Presse, aus der es seine Information schöpft, zu unterrichten. Als die Aktion begann, wußte niemand in den Vereinigten Staaten, was Deutschland forderte und welche Gründe es für sein Vorgehen hatte. Von der deutschen Botschaft war keine Auskunft zu erlangen. Man hörte nur, Venezuela schulde einigen deutschen Bankiers etwa 1 000 000 Dollars an Zinsen, die durch die Garantie für eine mit deutschem Kapital gebaute Eisenbahn aufgelaufen seien. Der Eindruck herrschte vor, Venezuela sei bei dem Bau der Bahn ganz gehörrig überborteilt worden. Es blieb dem amerikanischen Volke ganzlich unverständlich, weshalb ein großer und mächtiger Staat eine verarmte und durch jahrelange innere Streitigkeiten an den Rand des Abgrundes gebrachte Republik mit Krieg überziehen wolle, weil sie einigen Bankiers eine für hiesige Begriffe unbedeutende Summe schulde. Nach amerikanischen Ansichten hatten die deutschen Bankiers sich auf ein Unternehmen eingelassen, von dem sie genau wußten, daß es mit großem Risiko verbunden war, und wenn nun statt der erhofften großen Gewinne ein vor der Hand keineswegs riesiger Verlust entstand, so war kein Grund zum kriegerischen Vorgehen vorhanden.

Wenn ein Nachfolger des bisherigen Vorkämpfers hier Erfolge erzielen soll, so muß er vor allen Dingen Verständnis für die Art und Weise, in der in einem demokratischen Gemeinwesen Entscheidungen gefaßt werden, besitzen. Er muß wissen, daß

Persönlichkeiten nicht den Ausschlag geben, daß Liebenswürdigkeiten wenig bleibenden Wert haben, und daß die öffentliche Meinung, d. h. die von der großen Masse des Volkes gehegte Ansicht die Politik im Innern sowohl wie nach außen hin bestimmen. Die Mehrheit regiert, und wer die Mehrheit nicht auf seiner Seite hat, dem nützen alle Beziehungen und Verbindungen mit einflussreichen Persönlichkeiten nicht das geringste. Es mag für deutsche Beamte schwer sein, solchen Verhältnissen Rechnung zu tragen und sich ihnen anzuschließen; wenn es aber nicht gelingt, dann werden alle Bemühungen um die Freundschaft der Vereinigten Staaten vergeblich bleiben.

## Partei-Nachrichten.

### Die Sorge um die Arbeitergroßen.

Die Antisblattpresse, die aus der „Konservativen Korrespondenz“ gespeist wird, wird in den nächsten Tagen wieder entrüstete Betrachtungen darüber — abdrucken, daß die Arbeiter für ihre Gewerkschaft und für die sozialdemokratische Partei Ausgaben machen; Ausgaben, die, wie anerkannt werden muß, für viele Arbeiter eine fühlbare Belastung bilden und die nur in dem Bewußtsein freiwillig getragen werden, daß sie reiche Früchte tragen. Es sind Opfer, deren Ausbringung einen hohen Idealismus und die Erkenntnis voraussetzen, daß sie notwendig sind zum Kampfe gegen die Herrschaft des Ausbeutertums, zum Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joch, das eine brutale Minderheit ihnen auflegt. Stumpf sinnige Arbeiter sind solcher Opfer nicht fähig. Der Opfermut ist um so bewundernswerter, die Erkenntnis muß um so klarer sein, je schlechter die wirtschaftliche Lage des Arbeiters ist, je drückender diese Ausgaben für ihn sind.

Anknüpfend an zwei Haushaltsbudgets von Arbeitern, die in sächsischen Parteiblättern veröffentlicht wurden, bringt die „Konservative Korrespondenz“ einen Artikel unter der Ueberschrift „Wo der Arbeiter sparen kann“. Der eine Arbeiter hatte bei 746 M. Jahreseinkommen für „Preise und Verband“ 22,80 M. ausgegeben und der andre bei 1015 M. Jahreseinkommen 20 M. Gewerkschaftsbeitrag, 4,20 M. Parteibeitrag und 15,85 M. für Zeitung und sonstige Literatur. Dazu wird bemerkt:

„Ein Mann, der nur ein so geringes Einkommen hat, dürfte sein Budget mit einem solchen Ausgabenposten von 22,80 M. für parteipolitische Zwecke nicht belasten. Hier war der Punkt, wo er wirklich hätte sparen können und sollen. Die 22 M. 80 Pf., die von dem schmalen Einkommen in die sozialdemokratischen Taschen geflossen sind, wären sicher besser angewandt gewesen, wenn sie die Frau zu Wirtschaftsausgaben hätte verwenden können. Ueber die wenigen Mark Staatssteuern, die dem Arbeiter abgefordert werden, ergeht die sozialdemokratische Presse ein gewaltiges Lamento. Daß aber, wie im vorliegenden Falle, ein Arbeiter fast den sechsfachen Betrag der Staatssteuern für Zwecke der sozialdemokratischen Presse opfert oder vielmehr bei dem bekannten Terrorismus opfern muß, dafür findet sie kein Wort des Tadels. Ja, das ist eben etwas ganz andres.“

Wir haben mit Absicht diese beiden Beispiele aus dem Leben herausgegriffen, um daran zu zeigen, welche Kosten die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie verursacht, und wie leger ihre Anhänger schröpft. Viele berufstätige Arbeiter haben dies auch schon eingesehen. Wenn sie trotzdem sich von einer Partei, die sie in so unverantwortlicher Weise ausfaugt, nicht offen abwenden, so erklärt sich dies umsover aus der Furcht vor dem Terrorismus, dem sie sonst ausgesetzt wären. Schon beginnt aber vereinzelt der Widerstand gegen die planmäßige Ausbeutung durch gewerkschaftliche Agitatoren sich zu regen, und wenn diese Bewegung um sich greift, dürfte der sozialdemokratische Anhang rascher zusammenschmelzen, als er eingegangen wurde.“

Ein alter Text nach neuer Melodie! Es ist ja wahrlich nichts Neues, diese Entrüstung über die Mittel, die die Arbeiter in immer reicheren Maße für ihren Befreiungskampf aufwenden. Wir haben sie tausendmal gehört und wir glauben an ihre Ehrlichkeit. Es ist der einzige ehrliche Ton der Ausbeuterpresse. Ja, wenn noch alle Arbeiter so unwissend und stumpfsinnig wären, wie die geliebten Agrarflaven des Ostens, die sich ihres leidlichen und geistigen Elends kaum bewußt sind, das wäre freilich ein arbeitsreicher Zustand — für die Junker wie für das gesamte Ausbeutertum. Daß es damit für alle Zeiten vorbei ist, das schmerzt die Herren und das ruft ihre Entrüstung wach. Es giebt glücklicherweise in Deutschland bereits Millionen von Arbeitern, die der Unterdrückung und Ausbeutung durch eine raffgierige Kapitalistenklasse den Untergang geschworen haben und die einsehen gelernt haben, wie sie diesen Kampf führen müssen. Sie wissen, daß sie dazu der Organisation bedürfen und einer Presse, die rücksichtslos die Wahrheit sagt. Und sind die Opfer, die sie für diesen Kampf bringen müssen, auch manchmal schwer, so wissen diese Millionen doch, daß sie nicht umsonst gebracht sind und das weiß auch die Ausbeuterklasse. Sie füllt ihre Privilegien bedroht, sie sieht, wie sich die kämpfende Arbeiterklasse immer fester zusammenschließt, wie die Armee der Kämpfer immer zahlreicher, ihre Ausrüstung immer wirksamer wird und sie denkt mit Schrecken des Endes. Lassen doch alle Angelegenheiten erkennen, daß gerade die letzte Zeit eine gewaltige Vermehrung der sozialdemokratischen Armee gebracht hat. Allenfalls ist eine starke Vermehrung der Abonnenten der sozialdemokratischen Presse zu verzeichnen, die Organisationen nehmen ungewöhnlich zu an Mitgliedern, die Einnahmen steigen, und es besteht hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen ein Renetikel werden dürften, dessen Bedeutung sich niemand verschließen wird.

Da begreift es sich wohl, daß immer wieder versucht wird, den Armen, die noch immer im Wanne der Antisblattpresse liegen, die Winde um die Augen noch fester zu ziehen, ihnen vorzuliegen von Terrorismus und Ausbeutung durch die Sozialdemokratie. Inwieweit terrorisiert und ausgebeutet werden sie — vom Junker, vom Industriekapitalisten, unterdrückt durch Polizei-Allmacht und Pfaffen-geschwätz, und es ist ein schweres Ringen, ein opfervoller Kampf, diese heutzutageigen Mächte abzuschütteln. Aber die Entscheidung rückt näher und die Arbeiter, die einmal von dieser Erkenntnis erfaßt sind, die werden nicht nachlassen im Kampfe, nicht nachlassen in der Opferfreudigkeit. Sie wissen zu gut, daß nur sie selber sich befreien können und sie wissen, daß sie nicht umsonst kämpfen und nicht umsonst Opfer bringen.

Die Sorge um die Arbeitergroßen ist Heuchelei, wenn sie sich als Sorge um das Wohl der Arbeiter giebt; sie ist bitterer Ernst als Sorge um das Wohl der privilegierten Klassen.

**Gemeindevahlen.** In Schöningen im Herzogtum Braunschweig wurden in der dritten Klasse die beiden sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Während bisher nur ein Sozialdemokrat im Gemeinderat saß, sind es nunmehr ihrer drei.

**Totenliste der Partei.** Ein Opfer seines Verus wurde der Vorsitzende des Zweigvereins Dohum vom Centralverband der Zimmerer Deutschlands, Genosse Aug. Sterkert. Am Sonnabend brach plötzlich das Gerüst, auf dem er arbeitete, zusammen und Sterkert stürzte mit seinen drei Arbeitskollegen aus einer Höhe von 18 Meter in die Tiefe. Während letztere mit mehr oder minder schweren Verletzungen davonsamen, mußte Sterkert sein Leben auf dem Schlachtfelde der Arbeit lassen. In ihm verliert die Zimmererorganisation sowie die Partei in Dohum einen ihrer besten und treuesten Mitkämpfer. Seine in Hamme wohnenden Eltern werden um so schwerer von dem Unglück getroffen, als er unter neun Geschwistern der Älteste war, und

nachdem er von einem 2 1/2-jährigen Verweisen auf dem ostasiatischen „Platz an der Sonne“ abgelöst, der eigentliche Ernährer der Familie war.

## Sociales.

### Betriebs-Pensionskassen.

Es muß als ein schwerer Mangel bezeichnel werden, daß sich unsere sociale Gesetzgebung noch nicht der Betriebs-Pensionskassen angenommen hat. Unter dem Namen einer Wohlfahrts-Einrichtung werden von Unternehmern solche Kassen errichtet, die Arbeiter vor den zu Beitragsleistungen gezwungen und der Effelt ist höchstens, daß die Arbeiter in Sorge um ihre Beiträge sich weit rücksichtsloser ausbeuten lassen, als es sonst der Fall wäre, während der Unternehmer in dem Glanze einer Wohlthäterei erscheint, die ihn nichts kostet.

Eine Klasse solchen Kalibers hat soeben die hiesige Handelsfirma Hermann Gerjon gegründet, die einige hundert Personen beschäftigt. Unter den Angestellten befinden sich eine ganze Anzahl älterer Leute, die bereits mit Sorge in die Zukunft sehen müssen und die auch der Firma Gerjon Zukunftsforgen machen: Entweder muß sie alten Leuten aus Geschäftsmitteln Pension zahlen oder sie kommt ins Gerede, daß sie treue Diener, die ihr ein Lebensalter hindurch gedient haben, in hilfloser Lage läßt. Deshalb heißt es in dem Gründungsprotokoll:

„Die Schaffung einer Pensionskasse für die Angestellten der Firma Hermann Gerjon ist längst als ein dringender Wunsch zur Wahrung der Sorgen für den Fall der Erwerbsunfähigkeit und des Alters und zur Unterstützung von Witwen und Waisen unserer Mitarbeiter empfunden worden.“

Und deshalb steht auch im § 10 des Kassenstatuts: „Den Inhabern der Firma Hermann Gerjon steht das Recht zu, die Pensionierung von Mitgliedern zu beantragen, welche noch im Dienste sind und ein Recht auf Pension bereits erworben haben. Die Pensionskasse hat die Pflicht, solchen Anträge Folge zu geben.“

Also eine Wohlfahrts-Einrichtung für die Firma Hermann Gerjon. Dabei hat zwar die Firma noch eine ganze Reihe anderer Rechte in der Verwaltung der Kasse so zwar, daß nichts beschlossen und gethan werden kann ohne Zustimmung der Firma, aber die Firma übernimmt nicht eines Pfennigs Verpflichtung gegenüber der Kasse. Verpflichtet zu Beitragsleistungen sind lediglich die Angestellten. Die Firma scheint zwar die Absicht zu haben, der Kasse freiwillige Zuwendungen zu machen, aber irgend eine Verpflichtung ist nicht ausgesprochen.

Im Vorstände der Kasse sitzt ein Vertreter der Firma; im übrigen gehören dem Vorstände acht von den Mitgliedern aus ihrer Mitte gewählte Personen an. Bei Stimmgleichheit entscheidet jedoch nicht etwa das Los, sondern der dem Vorstände angehörende Firmenvertreter. Die General-Versammlung der Mitglieder darf über alles beschließen, doch ist es unzulässig und darf nicht ausgeführt werden, wenn die Firma Einspruch erhebt. Der Kassen-Vorstand ist nur beschlußfähig, wenn der Vertreter der Firma anwesend ist. Wegen die Beschlüsse des Vorstandes auf Gewährung von Pension ist ein Schiedsgericht bestellt. Das Schiedsgericht besteht nämlich aus dem Firmenvertreter sowie zwei andern Vorstandsmitgliedern, während der das Schiedsgericht Anrufende noch zwei Kassenmitglieder hinzuzählen darf. Der Rechtsweg ist auf alle Fälle ausgeschlossen. Anträge auf Statutenänderung dürfen ohne schriftliche Zustimmung der Firma nicht einmal beraten werden.

Zu einer solchen Kasse, in der sie ernstlich gar nichts zu sagen haben, müssen die Angestellten Beiträge zahlen; die Firma aber, die in Wirklichkeit die ganze Kassenverwaltung vollständig beherrscht — ohne indes für die zeitraubende Erledigung der Kassen-geschäfte zu sorgen — ist zu gar nichts verpflichtet. Die Kasse aber, die aus den Mitteln der Angestellten gebildet wird, muß Pension zahlen an jeden Vereschtigten, der der Firma nicht mehr leistungsfähig genug erscheint, und sie hat nicht einmal das Recht, nach vorher bestimmtem Maßstabe prüfen zu lassen, ob der Zustand des zu Pensionierenden das auch rechtfertigt.

Wer entlassen wird oder aus dem Dienste der Firma freiwillig ausscheidet, verliert die Mitgliedschaft. In dem ursprünglichen Statut ist bestimmt, daß in solchen Fällen zwei Drittel der geleisteten Beiträge zurückgezahlt werden. Obgleich sich diese Vorschrift immer noch günstig unterscheidet von anderen derartigen Einrichtungen, wo überhaupt nichts wieder an die Entlassenen oder die freiwillig Gegangenen zurückgezahlt wird, ist sie doch nicht zu billigen. Es soll aber anerkannt werden, daß die Kritik, die das Statut bereits in dem Fachblatte des Centralverbandes der Handlungsgelieferten gefunden hat, dazu geführt hat, daß man jetzt diese Bestimmungen ändern und in solchen Fällen alles zurückzahlen will.

Dagegen sollen ohne jeglichen Anspruch an die Kasse alle diejenigen sofort ausscheiden, die die Kasse in rechtswidriger Absicht zu täuschen versucht haben, die die bürgerlichen Ehrenrechte verlieren, bezw. sich ehrenrühriger Handlungen schuldig machen oder wegen eines Vergehens (also z. B. Beleidigung) gegen die Firma, ihre Inhaber oder Angestellte rechtskräftig verurteilt worden sind. In solchen Fällen wird kein Pfennig der geleisteten Beiträge zurückgezahlt. Ein Mitglied, das bereits Pension bezieht, verliert den Anspruch auf diese Pension, wenn es die Kasse in rechtswidriger Absicht zu täuschen versucht, wenn es die Pension verpfändet oder cedit, wenn es (unberühret) zu Freiheitsstrafen verurteilt wird und wenn es ohne Zustimmung der Inhaber der Firma eine Stellung annimmt.

Alle diese Vorschriften sind außerordentlich hart und widersprechen durchaus allen Grundfäden der Billigkeit. Freiwillig würde niemand, der die Tragweite dieser Vorschriften übersehen kann, Mitglied einer solchen Kasse werden. Es wird die höchste Zeit, daß sich die Gesetzgebung mit dieser Materie beschäftigt. Das Richtige wäre es ja, daß solche Fabrikkassen überhaupt nicht gestattet würden. Inbes ist an einen radikalen Schritt vorläufig nicht zu denken; seine notwendige Ergänzung wäre auch eine Verbesserung der staatlichen Altersversicherung. Dagegen entspräche es durchaus dem gegenwärtigen Stande unserer Versicherungs-Gesetzgebung, daß solche Kassen ähnlichen Vorschriften unterworfen würden, wie die Kranken-Kassen. Nur müßte, entsprechend ihrem fakultativen Charakter, der freiwillige Austritt unter Rückzahlung aller selbstgeleisteten Beiträge freis gestattet sein.

## Aus Industrie und Handel.

**Ein internationales Röhrenkartell.** Wie die „Voss. Ztg.“ meldet, schweben zur Zeit zwischen den deutschen, englischen und amerikanischen Röhren-Walzwerken Verhandlungen über den Abschluß ihrer Fabrikate und die bei diesem einzubaltenden Preise. Sollten diese Besprechungen ein positives Ergebnis haben, so dürfte es im Laufe des Februars in London zu weiteren Verhandlungen kommen. Ueber die Art der angestrebten Verständigung ist noch nichts zu sagen, da große Schwierigkeiten zu überwinden sind, ehe eine feste Basis der Verständigung gefunden werden kann. Der Grund dafür, daß man eine Verständigung über den Abschluß der Fabrikate sucht, ist in der Preisfrage auf dem internationalen Markt zu suchen. Demerkt sei noch, daß der amerikanische Röhrenmarkt über ein Aktienkapital von 16 500 000 Pfund Sterling oder über 80 Mill. Dollar verfügt und daß bei einer eventuellen Preisvereinbarung gewaltige, gezogene und nachfolle Röhren aus Eisen und Stahl in Frage kommen.

**Entwicklung der deutschen Schutzgebiete.** Dem Reichstage ist die Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee im Berichtsjahre 1901/02 zugegangen, darin heißt es betreffs des Handels und der Finanzlage unserer schönen Kolonien:

„Infolge der Ausfälle in Ostafrika, Kamerun und Samoa blieb der Gesamthandel der deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee allerdings im Jahre 1901 hinter dem Gesamthandel des Jahres 1900 zurück; er hat sich im Jahre 1901 auf 57 117 000 Mark belaufen, gegen 58 777 000 im Vorjahr. Immerhin ist der

Handel der Schutzgebiete auch im Jahre 1901 größer gewesen, als in irgend einem der Jahre vor 1900. Für die Beurteilung der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der Schutzgebiete ist es von erheblicher Wichtigkeit, daß die geringfügige Abnahme ihres Handels gegenüber dem Vorjahr ausschließlich auf die Einfuhr entfällt, deren Umfang nicht lediglich von der wirtschaftlichen Prosperität der einzelnen Gebiete, sondern daneben auch von anderen Momenten, z. B. der Einfuhr von Material für öffentliche Bauten, abhängig ist. Während die Einfuhr der Schutzgebiete um etwa 3 1/2 Millionen Mark zurückgegangen ist, hat die Ausfuhr um 1 808 000 M. zugenommen und damit die Zunahme der Vorjahre noch um etwas überströffen.

Der in den Zahlen der Ausfuhr zum Ausdruck kommende wirtschaftliche Fortschritt der Schutzgebiete tritt auch in den Finanzen der Schutzgebiete in Erscheinung. In dem Etatsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1903 konnten die eigenen Einnahmen bei allen Schutzgebieten außer Ostafrika höher angesetzt werden, als in den Vorjahren, während auf der anderen Seite bei den meisten Schutzgebieten ein geringerer Reichszuschuß in Anspruch genommen wird; für Togo wird im Gegensatz zu den letzten vier Jahren ein Reichszuschuß überhaupt nicht gefordert. Bei der Beurteilung der Höhe des Reichszuschusses, der für 1903 auf etwa 15 Millionen Mark für die sämtlichen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee angesetzt ist (gegen 17 bezw. 19 Millionen Mark in den Jahren 1902 und 1901), und bei der Vergleichung des Reichszuschusses mit den eigenen Einnahmen der Schutzgebiete darf nicht außer Acht gelassen werden, daß einmal die sämtlichen Ausgaben für militärische Zwecke, die anderwärts in die Etats des Mutterlandes eingestellt werden, in dem deutschen Etat als Ausgaben der Schutzgebiete gebucht werden; daß ferner der Reichszuschuß herangezogen wird zur Bestreitung der einmaligen Ausgaben für Restaurierungen und produktive Anlagen, die anderwärts und im Reichsetat selbst nicht aus den laufenden Einnahmen, sondern durch die Aufnahme von Anleihen gedeckt zu werden pflegen. Die Berücksichtigung dieser Verhältnisse dürfte ein zutreffenderes und günstigeres Bild von den Opfern geben, die das Reich für seine Schutzgebiete vorläufig noch bringen muß, als die bloßen Zahlen des Reichszuschusses.

Die obigen Zahlen stellen nicht etwa den Handel der Schutzgebiete mit Deutschland dar, sondern beziehen sich auf den Gesamtverkehr. Das deutsche Zollgebiet ist an diesem mit noch nicht zwei Fünfteln beteiligt, und zudem besteht auch noch ein großer Teil der deutschen Einfuhr nicht aus Handelswaren, sondern aus Lebensmitteln für die Beamten und die Schutztruppe, aus Materialien zum Eisenbahnbau und zur Errichtung von Regierungsgebäuden usw. Bringt man diese Einfuhr für Regierungszwecke in Abzug, so ergibt sich, daß Deutschland ungefähr doppelt so viel für die Verwaltung seiner Schutzgebiete ausbezahlt, als der Handelswert seiner dort hin exportierten Waren beträgt.

**Kohlen und Coakverhandlung aus dem Ruhrbezirk.** Auch in der letzten Woche war der Verkehr von Kohlen, Coak und Weisbleis aus dem Ruhrbezirk ein recht lebhafter. Es sind nach der „Rhein. Westf. Ztg.“ vom 16. bis inkl. 22. Jan. 108 368 D.-M. zu 10 Tonnen mit Kohlen, Coak und Weisbleis beladen und auf der Eisenbahn versandt worden, gegen 88 909 Doppelwagen in demselben Zeitraum des Vorjahres bei gleichen Arbeitstagen. Es wurden demnach vom 16. bis 22. Januar des Jahres 1903 auf den Arbeitstag 3243 und im ganzen 19 459 Doppelwagen oder 21,9 Proz. mehr gefordert und zum Versand gebracht, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

**Der transatlantische Schiffsahrtstrust.** Nach einer Korrespondenz des „Verl. Börsen-Courier“ aus New York hat der Morgansche Dampfertrust weitere 10 Proz., gleich 5 Millionen Dollar, von den 50 Millionen, die von dem bekannten Morgansyndikat garantiert worden sind, eingefordert, um die Summe als Anzahlung auf eine Verleihung seiner Flotte um nicht weniger als 12 der größten Dampfer zu verwenden. Vier derselben sind augenblicklich in Camben, New Jersey, im Bau begriffen, zwei werden in Spartaco Point, Maryland, konstruiert, während 6 Dampfer in Großbritannien gebaut werden. Die meisten, wenn nicht alle neuen Dampfer werden die Flagge der Atlantik-Transportation Line, welche ein Glied der Dampferkombination ist, führen (die amerikanische Flagge mit Rücksicht auf eine etwaige Schiffssubsidien-Bill). Die Totalausgabe für die genannten Schiffe wird 24 bis 30 Mill. Dollar betragen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Metallarbeiter!** Der Zugang von Drütern nach Dresden ist fernzuhalten, weil dort Lohnunterschiede vorliegen. Die Sperre über die Gießerei Eitner dauert fort. Desgleichen der Streik bei Meister u. Schmidt. Bei letztgenannter Firma ist es uns bis jetzt möglich gewesen, den Zugang von auch nur einigermaßen leistungsfähigen Kräften fernzuhalten. In letzter Zeit wird uns aber das Streikpostenflehen durch die Polizei ungeheuer erschwert. Es wird unsere Kollegen ohne jede sichtbare Veranlassung die ganze Johannisstraße verboten. Wer sich weigert, dem unberechtigten Verlangen nachzukommen, wird zur Wache gebracht. Dabei verhalten sich unsere Posten so ruhig, daß jemand, der ahnungslos durch die Johannisstraße geht, gar nicht weiß, daß hier etwas los ist. Jedemal aber, wenn unsere Kollegen von den Schutzleuten angefahren werden, entsteht ein Aufstand, so daß man sagen kann, wenn die öffentliche Ruhe und Ordnung, in deren Interesse die Schutzleute angeblich basieren, gestört wird, dann haben die Schutzleute selber daran schuld. Diese Verschärfung des Streikpostenflehens kann uns ja selbstverständlich nicht abhalten, unsere Pflicht zu thun, und kann auf die Fortführung des Streiks keinen Einfluß ausüben. Trotzdem aber werden wir gezwungen sein, uns nächstens wegen der Verletzung durch Schutzleute zu beschweren.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.** Die Streikabrechnungskommission der Barbier erucht uns mitzuteilen, daß sie folgenden Beschluß gefaßt hat: Es ist nach dem vorhandenen Material nicht möglich, eine vollständige Abrechnung zu liefern, da die Listen während des bei dem Streik entstandenen Wirrwirrs nicht mehr vollständig waren. Die Kommission stimmt daher der von der Lohnkommission geleiteten Abrechnung zu, nachdem das Material nochmals eingehend geprüft worden ist.

Die Arbeiter der Fabrik von Hlenburg u. Krüger in Oberberg i. d. M. haben am 21. Januar einmütig die Arbeit eingestellt. Schon am 10. Januar sahen sich die Arbeiter gezwungen, ihre Abrechnung einzureichen; die Differenzen wurden aber in Güte wieder beigelegt. Herr Hlenburg hatte sich durch Unterschrift zu folgendem verpflichtet: 1. Einstellung sämtlicher von ihm gemahregelter Arbeiter an ihre alten Arbeitsstellen, 2. Anerkennung der Organisation, und 3. Aufbesserung der Löhne für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren. Diesen Bedingungen ist aber der Firmeninhaber nicht nachgekommen. Im Gegenteil, Vorgänge spielten sich ab, die obigen Bestimmungen direkt ins Gesicht schlugen, worauf die einmütige Einstellung der Arbeit erfolgte. — Die Arbeitsangelegenheiten, wie Löhne, Behandlung etc., insbesondere die Preise für Accordarbeiten, sparten jeder Beschreibung. Herr Hlenburg lud Arbeitskräfte von außerhalb. Der Betrieb ruht vollständig. Zugang von Wädern, Schneidmüllern ist streng fernzuhalten.

### Deutsches Reich.

Die Glasfabrikanten führen belämmlich in ihren Betrieben ein scharfes Regiment. Jede selbständige Bewegung der Arbeiter wird unterdrückt, und wer es wagt, für die Arbeiterorganisation einzutreten, der wird ohne Rücksicht auf die Strafe gesetzt, und der Ring der Fabrikanten verschließt solchen „Aufwieglern“ für immer die Arbeitsstätten. Allgemein bekannt ist ja, daß sich die Rücksichtslosigkeit der Fabrikanten anlässlich des letzten

Streiks der Flaschenmacher ganz besonders viele Opfer ansuchte. Eine große Zahl tüchtiger und intelligenter Arbeiter, die bei dieser Gelegenheit als Opfer der Unternehmervillwä auf die Straße geworfen wurden, mußten sich im Auslande ein Unterkommen suchen, wenn sie nicht daheim, wo ihnen die Möglichkeit des Erwerbes verschlossen war, im Elend verkommen wollten. Die Brutalität der Flaschenfabrikanten hat aber noch eine für dieselben recht unangenehme Folge, an die sie im Eifer der Verfolgungswut jedenfalls nicht gedacht haben. Mit den vertriebenen Arbeitern hat auch die deutsche Flaschenindustrie einen Teil ihres Absatzgebietes verloren. Dafür liefert der nachstehende Brief, den einer der Ausgesperrten an die „Sächsische Arbeiterzeitung“ geschrieben hat, einen Beweis:

„Ich befinde mich auf der Reise nach Monterey in Mexiko. Wir sind 47 Flaschenmacher mit 40 Frauen und Kindern. Es sind die ganzen von den Flaschenfabrikanten ausgesperrten und von Ort zu Ort gehebten Flaschenmacher dabei. Die deutschen Flaschenfabrikanten verlieren dadurch ein großes Absatzgebiet; denn dort kommt eine große Glasfabrik in Betrieb. Vorläufig nur eine Wanne, die zweite Wanne (Behälter, worin die Glasmasse geschmolzen wird) wird aber demnächst fertig. Die Glasfabrik in Orerohem liefert bis jetzt jährlich ca. 16 Millionen Flaschen nach dort. Diese werden aber von jetzt ab dort fabriziert. Das schadet nichts; so mühte es kommen — die Glasbarone wollen es nicht anders. Die Glasfabrikanten haben damit wieder einmal eine fonderbare Art Patriotismus gezeigt: sie nahmen die Ausgesperrten nicht wieder in Arbeit und trieben sie dadurch ins Ausland. Na, das schadet nichts. Wir zerhacken das Fischguch nicht. Wir gründen in Monterey eine Filiale der deutschen Glasmacher-Union in Toluca (Mexiko). Viele Grüße an unsre Freunde und Genossen usw.“

In den Adler-Fahrradwerken zu Frankfurt a. M. sind ernste Differenzen ausgebrochen. Eine Kommission, welche mit der Direktion wegen der schlechten Behandlung seitens des Meisters und um Lohnaufbesserung verhandeln wollte, wurde gemahregelt. Die beteiligten Kollegen erklärten sich solidarisch und haben ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen, den Zugang von Schlossern und Drechern nach Frankfurt a. M. strengstens fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

### Die Ortsverwaltung Frankfurt a. M.

**Holzarbeiter.** In der Lugschmiedefabrik von Leipzig in Döbeln bei Leipzig sind Differenzen ausgebrochen, weil die Arbeiter sich keine Lohnherabsetzung gefallen lassen wollen.

**Die Gewerke und Gifelleure in Annaberg-Buchholz im Erzgebirge** haben am Sonnabend, den 24. Januar, nachstehende Forderungen eingereicht: 1. Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auf neun Stunden (einschließlich Frühstück und Vesperpause). 2. Einführung eines Minimallohnes für Ausgelernte bis zu einem Jahre 20 M. Wochenlohn; für diejenigen, welche bereits einen höheren Gehalt verdienen, 10 Proz. Zuschlag. 3. Für Überstunden 25 Proz. Zuschlag. 4. Einschränkung der Lehrlingszahl, so daß in Zukunft auf zwei Gehilfen nur ein Lehrling kommt. Da die Unternehmer nicht das nötige Entgegenkommen zeigten, haben am Montag sämtliche Kollegen die Arbeit nicht wieder aufgenommen.

Kollegen! Es ist nunmehr unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß jeglicher Zugang nach dem Streikgebiet unterbleibt. Bedenkt, daß unsere dortigen Kollegen bei einer zehn- und elfstündigen Arbeitszeit oft nur einen Wochenlohn von 10, 12 und 18 M. nach Hause tragen. Die dortigen Kollegen sind im Durchschnitt am schlechtesten von uns entlohnt, deshalb mühte man voraussetzen, daß sich kein „Arbeitswilliger“ findet, um den Kollegen in den Rücken zu fallen. — Halte jeden Zugang fern!

### Der Centralvorstand.

**Die Schriftgießer in Offenbach** haben heute ihren Arbeitgeber Forderungen eingereicht auf Einführung einer Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden, Gewährung eines Minimallohnes von 27,50 M. und Durchführung einer Lehrlingskala. Die Antwort der Arbeitgeber wird bis nächsten Sonnabend erbeten.

**Der Ausstand bei G. J. Post in Röschenfeld** ist durch einen Schiedspruch des Einigungsamtes, den sowohl die Firma wie die Arbeiter anerkannt haben, beendet worden. Die Accordlöhne werden um 7—8 Prozent erhöht, die Organisation der Arbeiter wird anerkannt und ein neuer Arbeiterauschuss gewählt. Der Betrieb ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

**Die Forderungen der Brauer an die Brauerei Erlwein u. Schultheis** in Erlangen sind bewilligt worden und die Differenzen dadurch zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt.

**Die Maurer in Apolda** haben an ihre Unternehmer die Forderung gestellt, einen Stundenlohn von 45 Pf. zu zahlen. Bisier betrug der Lohnsatz 40 Pf. Die Arbeitgeber sind zu Unterhandlungen mit der Lohnkommission bereit.

**Die Arbeiter in Wandersdorf** haben mit der Innung das Uebereinkommen getroffen, daß der Hamburger Lohnsatz auch in Wandersdorf Geltung haben soll.

## Verfammlungen.

In einer großartigen Kundgebung gegen die Vorlommisse, welche sich in letzter Zeit im deutschen Reichstage ereignet haben, gestaltete sich die am Montag im Charlottenburger Volkshaus abgehaltene Protestversammlung. Schon vor acht Uhr mußten sämtliche Tische und Stühle aus dem Saale und von der Galerie entfernt werden, um für die herbeiströmenden Massen Raum zu schaffen. Anwesend waren circa 2500 Personen und viele Hunderte, die keinen Einlaß mehr fanden, mußten umkehren. Das Referat über das Thema: „Was steht auf dem Spiel?“ hielt Reichstags-Abgeordneter Paul Singer. In padender Weise ging Redner auf die Kämpfe unserer Fraktion anlässlich der Beratungen des Zolltarifs ein und beantwortete dann die Frage des Themas dahingehend, daß sehr ernstes auf dem Spiele steht, nämlich: die Volksfreiheit, das Volkrecht und die Volkswohlfahrt. Dieses zu verhindern, sei unerlässliche Pflicht eines jeden Arbeiters überhaupt eines jeden Staatsbürgers, der sich noch seiner Menschenrechte bewußt ist. Unter beaufendem Weisfall schloß Redner seine zweistündigen Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß bei den kommenden Wahlen nicht nur die Wähler selbst, sondern auch die jüngere Generation sowie die Frauen und Mädchen des Proletariats kräftig Hand anlegen müssen, um den herrschenden Klassen, die bereits dem Narasimus verfallen, den gebührenden Dankschrei zu geben.

Gegner meldeten sich auf die wiederholte Aufforderung des Vorsitzenden nicht zum Wort. Die Versammlung endete mit förmlichen Hochrufen auf die Socialdemokratie und den Genossen Singer.

**Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer** hielt am Sonntag eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder Dreh, Mah und Schröder in der üblichen Weise geehrt. Hierauf hielt Redner einen Vortrag über: „Die Bedeutung geheimer Gesellschaften in alter und neuer Zeit“. Ein Antrag, dem Berliner Gewerkschaftsartikel noch 1500 M. zu den Kosten der in Berlin stattgefundenen und unterstühnten Streiks zu überweisen, wurde angenommen. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Frage: Was geschieht mit demjenigen Mitgliede, welches nach wiederholter Einladung des Ausschusses vor demselben nicht erscheint? Hierzu wurde folgender Antrag angenommen: Erscheint das Mitglied nicht, so ist der Ausschuss berechtigt, auf Grund seiner Informationen und der Zeugnisaussagen den Fall zu entscheiden und der nächsten Versammlung das Resultat zu unterbreiten. Das betreffende, beim Ausschuss nicht erschienene Mitglied hat nicht das Recht, in dieser Versammlung seine Angelegenheit zur Erörterung zu bringen, sondern die Versammlung entscheidet auf Grund des Resultats des Ausschusses. Es wurde

gewünscht, daß diejenigen Kollegen, welche im Besitz von Material über die Bewegung von 1885 bis 1887 sind, es dem Vorstand im Bureau, Stralauerstr. 48, zur Einsicht übergeben.

**Die Arbeiter der mechanischen Schuhwaren-Fabriken** befaßten sich am Montag in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung mit der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit und den Lohnabzügen. Weber führte aus: Von allen gelehrten Arbeitern ginge es den Schuhmachern sicher am traurigsten. In einzelnen Fabriken verdienen die Schuhmacher überhaupt nicht über 18 M., und ein Wochenverdienst von 24 M. gehört in ganz Berlin schon zu den Seltenheiten. Die Arbeit werde immer mehr Saisonarbeit, die Stabilität im Arbeitsverhältnis schwindet, daher werden die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter auch stetig höher. Überstunden in fast unbegrenzter Zahl und Sonntagsarbeit bilden während der Saison die Regel. Sind dann durch maßlose Überstundenarbeit die Löhne gesunken und die Abnehmer befristigt, so heißt es für die Arbeiter einfach wochenlang aussetzen oder ihnen winkt das Strafenkloster. Um die Jahreswende herum sind die meisten Fabriken 14 Tage bis 6 Wochen geschlossen gewesen und ca. 800 Arbeitslose lagen auf der Straße, noch gegenwärtig sind an 500 Schuhmacher arbeitslos. Die flaue Zeit benutzen die Fabrikanten dann aber regelmäßig zu Lohnreduktionen. In fast allen Fabriken sind in letzter Zeit Abzüge von 5, 10 und mehr Prozent gemacht worden, ja in einer Fabrik betragen dieselben auf einzelne Arbeiter sogar 20 bis über 50 Prozent. Trotz alledem haben die Fabrikanten noch den Mut, von ihrem Wohlwollen den Arbeitern gegenüber zu sprechen und zu schreiben, wie sie solches durch ihre zweifelhaften, leistungsumfähigen Fabrikantenkräften und durch den in rigoroser Emsigkeit geleiteten Arbeitsnachweis betätigen. Diesen Willkürgeleusen der Fabrikanten müsse schließlich mal wieder energisch entgegengetreten werden, obwohl nicht die Absicht bestehe, in einen Streit einzutreten. Immerhin aber dürfen die Arbeiter nicht länger mit verächtlichen Armen zusehen, wie ihre Arbeitsbedingungen und ihre Lebenshaltung von Tag zu Tag weiter verschlechtert werden. — In der Diskussion wurde unter anderem erwähnt, daß die Heim- und Frauenarbeit auch in der Schuhwaren-Industrie immer mehr überhand nimmt, und daß heute schon die Firma H a a s e das Duzend Paar Lederschuhe für 8 M. Lohn außer dem Hause herstellen läßt. In der Fabrik selbst wird durch die Zwischmacherei-Arbeit eine Leistung von 3500 Paar pro Woche verlangt, während bislang von denselben Arbeitskräften nur 2100 Paar fertiggestellt wurden. Alle Redner waren sich darin einig, daß der Ausbau der Organisation mit vermehrter Energie in die Hand genommen werden müsse, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Eine dahingehende Resolution, in der außerdem noch ein in „Schuh und Leder“ erschienener Schimpfartikel gegen die Schuhmacher-Organisation gebührend gewürdigt wurde, fand einstimmige Annahme.

**Verband der Lithographen, Steinbruder und Berufsgenossen.** Am 23. Januar fand die Generalversammlung der Filiale I statt. Vorisch gab folgenden Massenbericht vom 4. Quartal: Einnahme 4585,50 M. Ausgabe: An die Hauptkasse 1777,02 M., Reise-Unterstützung 128,80 M., Arbeitslosen-Unterstützung 1783 M., Umzugskosten 255,80 M., Unterstützung für Gemahregelte 84 M., 12 Proz. für örtliche Ausgaben 546,50 M., Gesamtausgabe: 4585,50 M. Zur Weihnachtunterstützung für arbeitslose Kollegen waren 708,40 M. gesammelt, ausgezahlt wurden 657 M. Auf Antrag wurden die Kassierer einstimmig entlastet. Aus dem von Vorisch gegebenen Jahresbericht war zu ersehen, daß trotz der anhaltenden Krise die Mitgliederzahl der Filiale von 902 auf 940 gestiegen ist. Die von verschiedenen Firmen versuchten Lohnsenkungen sind durch festes Zusammenhalten der Kollegen mit Erfolg zurückgewiesen worden. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: 2. Vorsitzender: Fisch; 1. Schriftführer: Fatschel, 2. Weier; Hilfskassierer: Dengler; Kassierer: Hoffmann, Lambert, Dahn; Revisor: Arndt. Zum Schluss wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: In Erwägung, daß die Firma W. Hagelberg, Aktien-Gesellschaft, fortgesetzt verliert, Lohnabzüge für gepflasterte Steine zu machen und die Kollegen, welche sich derartige ungeschickliche Abzüge nicht gefallen lassen, aufs Pflaster werft, beschließt die Generalversammlung der Filiale I: Da die Firma bei der mündlichen Verhandlung erklärte, auf Schadenersatz beharren zu müssen oder die Betreffenden zu entlasten, die Sperre über die Firma W. Hagelberg Aktien-Gesellschaft zu verhängen.

**Legilarbeiter-Verband.** Die Filiale Berlin I hielt am 24. Januar eine Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1902 ergab eine Einnahme inkl. Bestand von 1363,37 M.; Ausgabe 900,11 M.; Bestand am Schluss des Quartals 364,26 M. Der Kassierer wurde entlastet. Der Vorsitzende teilte mit, daß für die streikenden Weber in Meerane 594,45 M. auf Listen gesammelt wurden. Hierauf wurde Hofemärker, gegen dessen Wahl als Sachkommissionsmitglied der Färber in der Generalversammlung von Seiten des Kollegen Wilhelm Quast Protest erhoben wurde, wieder als Mitglied der Sachkommission der Färber gewählt und das Verhalten Quasts in dieser Sache auf das schärfste verurteilt.

**Der Fachverein der Tischler** hielt am 21. Januar seine Generalversammlung ab. Den Massenbericht gab Kamisch. Die Einnahmen im 3. Quartal betrugen mit Bestand 1880,17 M., die Ausgaben 1417,04 M., Bestand 472,13 M. Den Vorstandsbericht gab Ewert. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Resultat: Führer 1. Vorsitzender und Vertrauensmann, Gresslich 2. Vorsitzender. Dubner und Gierke Schriftführer, Bordsch Revisor. In den Ausschuss wurde Braun gewählt. Im Arbeitsnachweis meldeten sich 123 Arbeitslose seit dem 1. Juli, vermittelt wurden 67. Die Mitgliederzahl stieg auf 397 am Schlusse des Jahres.

In Mariendorf tagte am Sonntag eine sehr stark besuchte öffentliche Gewerkschaftsversammlung, die einen guten agitatorischen Erfolg hatte. Nach einem Vortrage des Genossen Schulz und einer regen Diskussion nahm die Versammlung eine Resolution an, welche sich für die Notwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ausdrückt und die Arbeiter auffordert, sich bei den nächsten Reichstagswahlen im Sinne der Socialdemokratie zu betätigen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Erdbeben in der Pfalz.

Frankfurt a. M., 27. Januar. (B. H.) Aus der Pfalz wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Das am Sonntag in verschiedenen Ortshäusern der Vorderpfalz wahrgenommene Erdbeben hat sich gestern vor- und nachmittags wiederholt. Besonders in den Ortshäusern Randel, Maximiliansau und Story war die Erschütterung so groß, daß ganze Häuserreihen erzitterten, die Thüren aus den Schloßern sprangen, die Fenster klirrten und die Leute erschreckt auf die Straße liefen.

### Der Brand in einem Londoner Irrenhause.

Frankfurt a. M., 27. Januar. (B. H.) Einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus London zufolge werden seit dem Brande in Colney Heath 72 Irrenstänige vermisst. Von den Krankenpflegerinnen ist keine umgekommen. Die meisten Patientinnen begriffen die Gefahr nicht und verbrannten in ihren Betten.

### Von der Pest.

Frankfurt a. M., 27. Januar. (B. H.) Nach einer Londoner Depesche der „Frankfurter Zeitung“ wird den „Central News“ aus Durban gemeldet, daß bis zum Sonnabend 27 Todesfälle und 43 diagnostizierte Erkrankungen an Pest, sowie zwei verdächtige Fälle konstatiert wurden, 18 Krankheitsfälle sind in Behandlung. Die Klaffern fliehen in wilder Panik aus Stadt und Umgebung. Die für die Eingeborenen reservierten Eisenbahnzüge sind überfüllt und Hunderte von Klaffern fliehen die Straßen entlang.

An unsre Parteigenossen!

Die zahlreichen Wünsche der Berliner Genossen nach Befestigung der neuen Geschäftslokaleitäten des „Vorwärts“ konnten bisher aus geschäftstechnischen Gründen nicht in gewöhnlichem Maße befriedigt werden. Um nun weiteren Kreisen die Befestigung zu ermöglichen, haben wir Vorkehrung getroffen, daß an den vier Sonntagen im Monat Februar vormittags von 9-12 Uhr diese Befestigung unsrer neuen Druckereilokalitäten unter sachmännischer Leitung stattfindet. Wir bitten daher die Tit. Vereine, sich bei uns unter Angabe der wahrscheinlichen Teilnehmerzahl zu melden, damit ihnen Mitteilung gemacht werden kann, an welchem der vier Sonntage sie an der Reihe sind.

vier Sonntagen im Monat Februar vormittags von 9-12 Uhr

diese Befestigung unsrer neuen Druckereilokalitäten

unter sachmännischer Leitung stattfindet. Wir bitten daher die Tit. Vereine, sich bei uns unter Angabe der wahrscheinlichen Teilnehmerzahl zu melden, damit ihnen Mitteilung gemacht werden kann, an welchem der vier Sonntage sie an der Reihe sind.

Die Befestigung der neuen Rotationsmaschinen während des Betriebes kann nur in beschränktem Maße an Wochentagen in der Zeit von morgens 2 1/2 Uhr bis 5 Uhr und nur nach vorheriger Anmeldung bei der Geschäftsleitung stattfinden.

Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt, Paul Singer & Co.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 15. Februar. Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokalkommission von Berlin und Umgegend, Änderungen und Neuaufnahmen bis spätestens Freitag, den 6. Februar 1903, einzusenden zu wollen, und zwar für:

- „Teltow-Bezirk“ an den Genossen Hermann Schliebig in Strik, Jahnstr. 2;
„Nieder-Barnim“ an den Genossen Otto Riebe in Friedrichsfelde, Victoriastr. 4;
„Potsdam-Oranienburg“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstr. 9;
„Diverse Teile“ an den Genossen Gustav Bellwood, Eberswalde, Eisenbahnstr. 67;

Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, S. 14. Man wolle die Mitteilungen umgehend besorgen, da spätere Einwendungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Selbst ist es in den letzten Wochen vorgekommen, daß Zuschriften in „Lokal-Angelegenheiten“ an die Redaktion des „Vorwärts“ gelangt worden sind; wir ersuchen daher die Genossen, alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten und nicht an die Redaktion.

Die Parteiblätter der genannten Kreise werden im Abdruck der Lokalkommission.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, 31. Januar d. J., hält der Reichstag „Blau-Weiße“ zu Karlshorst einen Radlenball im Lokal Waldschänke in Karlshorst ab. Es wird versucht, Willeis dazu in Arbeitstreffen abzugeben. Da dies Lokal den Parteigenossen zu Versammlungen z. z. nicht zur Verfügung steht, so ersuchen wir, die angebotenen Willeis zurück zu weisen und das Vergnügen streng zu meiden.

Spandau. Morgen, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr, findet hier selbst bei Kramke, Schönwalderstr. 80, eine Volksversammlung (für Männer und Frauen) statt. Reichstags-Abgeordneter Ledebour spricht über das Thema: Für Volkswohl und Volksrecht. Parteigenossen! Erscheint in Scharen in dieser Versammlung.

Lokales.

Die „Tüchtigkeit“ der Berliner Polizei

hat bekanntlich schon längst einen, wenn auch nur sehr zweifelhaften Weltreputation erlangt. Wie verdient dieser Ruf ist, das geht wieder aus folgendem Vorfall hervor:

Am Sonntag, den 18. d. Mts., verunglückte auf einer Gasse auf dem sogenannten „Hölzernen See“ bei Prieros der Schriftsetzer Edmund Lupke aus der Fürbringerstraße 16 mit seinem Freunde, dem Galvaniseur Hermann Heerwagen, der Waldemarstraße 23 wohnte. Die Väter der beiden Freunde hatten, als ihre Söhne am Montag noch nicht wieder zurückgekehrt waren, diese auf ihren Polizeirevier sofort als vermisst angemeldet. Am Dienstag erkundigten sich die Angehörigen des vermissten Lupke wieder auf ihrem Revier, ob etwa schon Meldungen über Unglücksfälle eingelaufen seien, sie erhielten jedoch verneinenden Bescheid mit dem Bemerkens, daß sie sich nicht mehr nach dem Revierbureau zu bemühen brauchten, sondern sofort benachrichtigt würden, falls näheres über ihren Sohn zu polizeilicher Kenntnis kommen werde. Inzwischen erkundigten sich die Väter der Verunglückten auf eigene Hand nach dem Verbleib ihrer Söhne und erfuhren bald den Ort des Unfalls. Mit Hilfe von Fischern gelang es am Mittwoch, die Leiche des ertrunkenen Heerwagen zu bergen. Ueber diesen Leichenfund berichtete dann am Donnerstag ein Berliner Blatt, nachdem bereits einige Tage vorher eine Notiz über den mutmaßlichen Unfall gebracht worden war. Trotzdem hatte die Polizei den Angehörigen nichts zu melden gehabt. Im Gegenteil, man lese und staune: Als sich am Freitagmittag der Vater Lupkes wieder nach der Unfallstelle begeben wollte, um nach der noch nicht gefundenen Leiche seines Sohnes erneut suchen zu lassen, kam ein Schuttmann, um sich bei Herrn Edmund Lupke, also dem Verstorbenen, Auskunft über den bereits aufgefundenen Hermann Heerwagen zu holen. Und das obwohl beide seit Montag auf den zuständigen Revieren als vermisst und wahrscheinlich verunglückt gemeldet waren! Am Freitagnachmittag wurde dann auch die Leiche Edmund Lupkes gefunden, und beide Verunglückte sind am vergangenen Sonntag unter großer Beteiligung beerdigt worden. Von der Polizei aber haben die Angehörigen nicht die geringste Nachricht über die Ertrunkenen erhalten; und wäre den Vätern die Auffindung ihrer Söhne nicht selbst gelungen, so hätten sie auf das Ergebnis polizeilicher Ermittlungen wohl noch lange warten können. Die Polizei-Organen haben ja auch viel mit Ueberwachung von Versammlungen, Verhaftung von Streikposten oder Abzerrungen bei Geburtstagsfesten hochgeheilter Personen zu thun, daß ihnen zur Mittelstellung von Unglücksfällen nicht immer die nötige Zeit übrig bleibt.

Kaiser Wilhelm II. Geburtstag ist gestern mit gewöhnlicher mäßiger Begeisterung begangen worden. Kein patriotisches Gelaude, das nicht der Vorchrist gemäß gesagt, kein Hoflieferant, der nicht sein Ansehenkonto mindestens ebenso erheblich wie im vorigen Jahre belastet hätte. Patriotismus und Geschäftsinteresse hatten hier zusammen und gebieten, sich dem Publikum so auffällig zu zeigen, wie es die schlechten Zeiten nur erlauben. Wir glauben nicht, daß viele Geschäftsleute es den Bankinstituten nachgemacht haben, von denen eine unkontrollierbare Meldung behauptet, daß sie der angeblichen Anregung des Kaisers gemäß das sonst für Illuminationen ausgegebene Geld den Armen überwiesen haben. Ja, die Banken! Denen stehen andre Mittel der Rettung zur Verfügung als die Schaufenster-Decorations und sie haben es daher leicht, auf billige Weise wohlthätig zu sein. Aber wenn Frau Sommerzentrat Sohn und Gräfin Brandewitz vernahmen, daß Gerlon

und Herzog nicht einmal an Kaisers Geburtstag in bengalischen Licht erstrahlten, dann wäre es mit dem Renommee der Westlichen vorbei und der Patriotismus geböte, sich andern Verlaufsquellen zuzuwenden.

Neben den Hofflieferanten haben sich besonders die Konzert-Institute von der Academy of Music abwärts in Begeisterung hervorgethan. Woran liegt das? Schon an den 364 gewöhnlichen Tagen des Jahres bringt es kein Kunsttempel in der Gassestraße über sich, ohne patriotische Bilder und patriotische Weisen sein Publikum zu veranlassen. Am 27. Januar aber sind die Anschlagtafeln bedeckt von Ankündigungen, welche dem Patriotismus die ausschweifendsten Opfer zu bringen versprechen, und die Freudenrufe, die sich sonst von wegen der Polizei in relativ bescheidenen Grenzen halten müssen, dehnen bis auf die Straße hinaus.

Nicht minder fröhlich begehen Berlins berühmte Ballolale den Tag. Die Amorsäle hatten ein Plakat folgenden Inhalts an den Anschlagtafeln:

„Aus Anlaß der Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Kaisers: Gr. patriotisches Ballet. Balletaufführungen. Orientalische Tänze der schönen Ramona. Pferde-Ballet. Pariser Can-can. Wiener Wäghemädel-Ballet. Zwei italienische Kapellen. Die ganze Nacht geöffnet.“

Recht eindrucksvoll ist auch folgende Ankündigung einer Kaiser-Geburtstags-Feier: „Aradia, Behrenstr. 55/57. Vornehmstes Vergnügungs-Etablissement der Residenz. Heute: Große Reunion zur Geburtstags-Feier Sr. Majestät des Kaisers und Königs. Die ganze Nacht geöffnet. Beginn 11 Uhr.“

In den erwähnten Lokalen verkehrt bekanntlich das auserlesenste Publikum. Gutsbesitzer aus Ostelbien, Referendare, Corpsstudenten und Jünglinge aus vornehmen Kaufmannskreisen umflirten hier einen Damenstolz, der alle Achtung verdient. Diese Leute müssen offenbar nicht das Gefühl haben, daß man auch auf würdigere Weise den patriotischen Ehrentag begehen kann. Andernfalls würden sie gewiß diese würdigere Feier vorziehen.

Nicht man weiter in Betracht, daß vom Polizeiminister und Oberbürgermeister bis zum einfachen trübsinnigen Arbeitervereinsmitglied herab jeder Gutgejunte den Tag zum mindesten durch ein Festessen begeht, so zeigt sich, daß der Vatterien gegen den Umsturz genug im preussischen Staat errichtet sind. Jeder, der wert ist, den Namen Deutscher zu tragen, gelobt in weisevoller Stunde, in Treue fest zu bleiben und so bildet sich aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten eine kernhafte Phalanx der guten Gesinnung. Was darüber ist, das ist vom Nebel.

Die Parlamente hielten am Dienstag die üblichen Kaiser-Geburtstagsfeiern. Im Herrenhause brachte Vizepräsident Freiherr v. Rautenfeld den Toast, im Abgeordnetenhaus v. Kröcher, im Reichstage Graf v. Stöcker. Letzterer bedauerte, daß sein Nachbar — Graf Vallestrom — dies Amt des Toastens nicht verwalteten könne, aber dieses Amt werde „bald den bewährten Händen“ zurückgegeben werden; Graf Stöcker feierte sodann den Kaiser in höchsten Tönen als Friedensfürsten, als Pfleger der Armee, als Schöpfer der großen Marine.

Berliner Armenwesen. Eine Staatsüberschreitung von 582 000 M. weist der vorjährige Armen-Stat auf. In der Sitzung der Armendirection am 26. d. Mts., in der Herr Stadtrat Münsterberg diese Zahlen bekannt gab, kam es wegen der Ueberschreitung zu scharfen Auseinandersetzungen; man erklärte, daß durch solches Wirtschaften das Staatsrecht der Stadtverordneten sehr geschmälert werde. Unsr Parteigenossen in der Deputation bekämpften diese Ansicht, indem sie auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse hinwiesen, wodurch größere Mittel benötigt wurden; von seiten der Armenkommissionen werde ohnehin genug gekaufert. Schließlich gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach bei künftigen Etatsbeschlüssen eine Kommission zur Vorbereitung einzugesetzt ist.

Eine Vermehrung der Armen-Speisungsanstalten wurde für dringend notwendig erklärt; zunächst sollen drei weitere Anstalten in Norden, in Roabit und in der Potsdamer Vorstadt errichtet werden; ferner soll Vorsorge getroffen werden, daß die bisherigen Küchen mit Egeschirr versehen und Aufenthaltsräume für die Besucher beschafft werden. Drei Mitglieder der Armendirection werden in die Direction der Speisungsanstalten delegiert. Die Stadt zahlt zur Zeit einen Zuschuß von 40 000 M., welcher erforderlichenfalls erhöht werden soll.

Mit der Errichtung einer Anstalt für Bedürftige erklärte sich die Deputation einverstanden, da weder im Stieghause noch im Asyl oder im Arbeitshaus Platz vorhanden ist. Die Anstalt soll für alte schwache Personen, welche jeden Anhalt verloren haben und seit Jahren Nacht für Nacht das Asyl aufsuchen müssen, errichtet werden; man rechnet darauf, daß 5-600 Personen die neue Anstalt benutzen, doch dürfte diese Zahl viel zu niedrig gegriffen sein.

Ein Streit um den Gaspreis. In dem Rechtsstreit zwischen den Gemeinden Reinickendorf und Berlin, die Festsetzung des Gaspreises betreffend, hat jetzt der vierte Civilsenat des Kammergerichts gesprochen. Berlin ist bekanntlich Reinickendorfs Gaslieferant. In dem zwischen diesen beiden Gemeinden geschlossenen Vertrage hat sich Berlin verpflichtet, der Nachbargemeinde das Gas für öffentliche Zwecke pro Kubikmeter um einen Pfennig billiger zu liefern, als es in Berlin an Private zu Landtagszwecken abgegeben wird. Dieser Preis betrug damals in Berlin 16 Pf., so daß Reinickendorf das Gas mit 15 Pf. für das Kubikmeter erhielt. Der § 3 des Vertrages bestimmt ferner, daß, wenn in Berlin eine allgemeine Ermäßigung des Gaspreises eintritt, eine solche auch Reinickendorf zuzubilligen sei. Vor ungefähr sechs Jahren ermäßigte Berlin den Preis des Gas für öffentliche Zwecke um 10 Pf., wodurch natürlich Reinickendorf nicht berührt wurde. Als nun aber Berlin vor etwa zwei Jahren einen Einheitspreis für Gewerbe- und Beleuchtungs-zwecke einführte und dadurch der Preis des Leuchtgas auf 12,35 Pf. pro Kubikmeter ermäßigt wurde, verlangte Reinickendorf, daß ihm von jetzt ab das Kubikmeter Leuchtgas mit 11,35 Pf. berechnet werde. Die Gemeinde berief sich hierauf auf ihren Vertrag. Berlin weigerte sich und machte geltend, daß der § 3 des Vertrages hier nicht zur Anwendung komme, denn es handle sich ja nicht um eine allgemeine Ermäßigung im Sinne des Vertrages. Die für Leuchtgas in Berlin eingetretene Ermäßigung habe nur der Erzielung eines Einheitspreises gebiete, wobei ja der Preis des Gases für gewerbliche Zwecke von 10 auf 12,35 Pf. erhöht worden sei. Die Gasproduktion sei nicht etwa billiger geworden. Das Landgericht gab jedoch der von Reinickendorf angestrebten Klage statt und am 26. Januar hat auch der vierte Civilsenat des Kammergerichts als Berufungsinstanz zu Ungunsten Berlins erkannt und ausgesprochen, daß Berlin der Gemeinde Reinickendorf das Gas für öffentliche Beleuchtungs-zwecke für 11,35 Pf. pro Kubikmeter abzugeben habe, d. h. um einen Pfennig billiger, als es Private (wenn) in Berlin zu Leuchtzwecken (und jetzt auch zu andern Zwecken) erhalten.

Son der Schulnot in Berlin. Die fliegenden Klassen, deren Zahl in den Berliner Gemeindeschulen zeitweise beträchtlich über 100 hinausging, sind in den letzten Jahren zum Teil „sechshat“ gemacht worden. In dem laufenden Winterhalbjahre sollen nach einer magistratsamtlichen Zeitungsnote nur noch 18 „fliegende“ Klassen vorhanden sein. Das wäre in der That in hohem Grade erfreulich; doch möchten wir lieber erst die offiziellen Angaben der

magistratischen Statistik über die Gemeindeschulfrequenz abwarten, ehe wir urteilen. Der Magistrat zählt seit einigen Semestern die in Kulan untergebrachten Klassen nicht mehr, wie früher, zu den „fliegenden“. Wir werden sehen, wie groß in der diesmaligen Frequenzstatistik die Zahl dieser angeblich nicht „fliegenden“ Klassen ist und um wie viel durch sie die offiziell zu gegebene Zahl der „fliegenden“ noch erhöht wird. Ein anderer Mangel, der gleichfalls zu den Ueberschreitungen des in Berlin herrschenden Mangels an Schulhäusern gehört, ist in den letzten Jahren nicht geringer, sondern eher noch stärker geworden: das Uebel der Mietschulen. Im laufenden Winterhalbjahre sind von überhaupt 4475 Klassen 413 in gemieteten Räumen untergebracht, 57 mehr als im letzten Sommer. Auch die fünf neuen Schulen, die zum April eröffnet werden sollen, werden sich wieder förmlich bis auf weiteres mit gemieteten Räumen behelfen müssen. Damit dürfte im Sommerhalbjahre die Zahl der in Mietsräumen untergebrachten Klassen auf annähernd 600 steigen.

Eine Aenderung der Drohschulentschuldung will der Vorstand des Vereins Berliner Drohschulentschuldung in Verbindung mit dem Schiffsenauswah der Personen-Lohnschuldenverbindung beim Polizeipräsidium beantragen. Die neue Uniform soll bestehen: aus dunklen Hosen ohne Knöpfen an den Seiten, einer dunkelblauen Weste mit dunklen Knöpfen, einem dunkelblauen Rock mit platten, weißen Metallknöpfen und einem roten Stragen mit weißer Tresse oder Borde für Drohschulentschuldung I. Klasse, mit gelber Tresse für Aufsicht II. Klasse und einem schwarzen Cylinderhut. Da im Polizeipräsidium zur Zeit Aenderungen des Drohschul-Polizeireglementes, dessen Bestimmungen teilweise veraltet sind, beraten werden, gedenkt der Verein auch seinerseits Aenderungsvorschläge zu machen. So soll danach für die Erteilung des Drohschul-Fahr-scheins ein Alter von mindestens 20 Jahren und der Nachweis gesordert werden, daß der Bewerber in Berlin ein Jahr leichtes Führer-zeug gefahren hat. Von 11 Uhr abends bis 8 Uhr morgens soll der Aufsicht nur zu einer Fahrt verpflichtet sein, wenn er haltend betroffen wird. Endlich soll der Aufsicht verpflichtet sein, dem Fahrgast auf Verlangen Marken in Höhe des zu verrechnenden Fahrgeldes nach Beendigung der Fahrt auszuhandigen.

Der Waisen Schützer. Unter dem Verdacht, sich einer Reihe schwerer sittlicher Vergehungen schuldig gemacht zu haben, ist der Obermeister-Stellvertreter der Berliner Schuhmacher-Zunft, Louis Schumann in Haft genommen und dem Untersuchungs-gesängnis in Moabit eingeliefert worden. Die sittlichen Verirrungen Schumanns, der ein in kinderloser Ehe lebender Greis von 68 Jahren und fast vollständig erblindet ist, fallen um so schwerer ins Gewicht, als er, wie die „Berliner Zeitung“ meldet, diese in einer Vertrauensstellung, als Vormund von seiner Witwe anvertrauten minderjährigen Waisen begangen hat. Schumann bestreite bis zu seiner Verhaftung eine große Zahl von Ehrenstellen. So war er auch Stellvertreter des deutschen Schuhmacher-Zunftbundes und Redakteur der „Schuhmacher-Wörse“. Erst am 12. d. M. ist Schumann wieder zum Obmann-Stellvertreter der Schuhmacher-Zunft gewählt worden. Er trat wiederholt als Reichstags-Kandidat auf. Unter den Opfern Schumanns sollen sich Mädchen in dem Alter von 11-12 Jahren befinden. Er betrieb im Hause Wörberstr. 45 ein kleines Schuhmachergeschäft, das aber zurückging, weil es die Kunden aus der Nachbarschaft nicht mehr wagten, ihre Kinder in den Laden des schon seit einiger Zeit verdächtig, gefährlichen Kinderfreundes zu schicken. Um ihn seiner „Schuld“ überweisen zu können, wurde eine polizeiliche Beobachtung seines Treibens eingeleitet. Die Enttöbung Schumanns von all seinen Wemtern kam, ehe gegen denselben das strafgerichtliche Hauptverfahren eingeleitet ist, nicht erfolgen. Er selbst soll jedoch schon seine Bereitwilligkeit ausgesprochen haben, diese Ehrenämter niederzulegen. Personen, die Schumann näher kennen, halten es nicht für ausgeschlossen, daß seine Verfehlungen auf geistige Störungen zurückzuführen sein könnten. Schon seit Jahresfrist habe S. hochgradige Nervosität und gewissermaßen ein Nachlassen seiner Geisteskräfte gezeigt. Im Widerspruch damit würde freilich die Thatsache stehen, daß S. noch die legherrschende Nummer der „Schuhmacher-Wörse“ redigiert hat. Die selbe enthielt u. a. einen von ihm gefertigten Beilichtartikel, der mit dem „Schlachtruf“ schloß: „Die Jugend lehren sind das Alter ehren, der Waisen Schützer sein.“

Warnung. Aus Cöthen erhalten wir die Mitteilung, daß dort ein Hausierer Namens Joerns verschiedene Parteigenossen seine Aufmerksamkeit machte, diese zu Bestellungen auf sogenannte Hauslegen veranlaßte, von ihnen Anzahlungen von 1 M. und mehr entgegen-nahm und dann auf Rimmerwiedersehen verschwand. Um etwaige Bedenken der von ihm heimgekehrten Genossen zu verdrängen, gab er an, die Hauslegen durch dritte Hand im Auftrage der Buch-handlung Vorwärts zu vertreiben. Als die Besprekten dann ver-gleichen auf die Ueberzeugung der bestellten Sachen warteten, wandten sie sich brieflich an Joerns, erfuhren dann aber, daß dieser ihnen eine falsche Adresse angegeben hatte. Da der Betreffende sein sauberes Handwerk auch an andern Orten fortsetzen dürfte, so seien die Genossen hiermit vor dem Mann gewarnt, denn weder von der Buchhandlung Vorwärts, noch durch die von ihm benannte Mittels-person sind ihm irgendwelche Aufträge erteilt worden.

Das Opfer eines Raubankalles ist vorgestern auf der Landstraße von Neu-Weihensee nach Malchow eine Frau Funke aus Weihensee geworden. Die Frau ging gegen Abend ihrem Manne nach, der sich zu einer Kaiser-Geburtstagsfeier begeben hatte. Wählich wurde sie auf offener Straße von einem Vurigen überfallen und ihrer Barschaft beraubt. Obgleich die Frau bei dem Ueberfall erheblich verletzt worden war, schleppte sie sich doch bis zur Berlinerstraße in Neu-Weihensee, wo sie das Vorgefallene mitteilte. Es wurde sofort an sämtliche Polizeistationen der Umgebung telephonisch die Auf-forderung gerichtet, nach dem Verbrecher zu fahnden. Dem Gendarm in Lindenberg bei Weihensee gelang es denn auch, den Strolch zu ergreifen. Es kam dabei zu einem hartnäckigen Kampfe zwischen den beiden. Infolge der Blöße stürzte der Gendarm zu Boden, so daß sein Gefangener sich befreien und aus dem Staube machen konnte. Dem Flüchtigen nachgefolgte Schiffe verfehlten ihr Ziel.

Durch einen Sturz aus dem Fenster des Hauses Krandsir. 37 hat sich Dienstagnachmittag gegen 2 Uhr der dort im dritten Stock wohnende Tischler Schuff getödtet. Schuff, der 50 Jahre zählte, litt an Magenkrebs und war durch seine Krankheit wie durch den Verlust seiner Frau, die vor einem Vierteljahr verstorben ist, lebens-überdrüssig geworden. In einem unbedachten Augenblick stürzte er sich nur mit Hemd und Unterhose belledet auf die Straße und war sofort tot.

Die Leiche der Kriftensfrau Bertha Driese geb. Wolbun aus der Prinzen-Allee 82, die unter eigentümlichen Umständen am Sonnabendmorgen in ihrer Wohnung starb, wurde gestern geöffnet. Die Obduktion hatte das Ergebnis, daß die 84 Jahre alte Frau an einer Kohlenoxydgas-Vergiftung gestorben ist. Der Mann der Verstorbenen, dessen Festnahme am Sonnabend der Polizeibericht meldete, wurde noch am selben Tage wieder auf freien Fuß gesetzt.

Aus den Nachbarorten.

Aus der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung. Es wird uns berichtet: Die socialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion hatte bekanntlich aus verschiedenen Anlässen der jüngsten Zeit den Antrag eingebracht, das zur Zeit angewendete Submissions-verfahren nach drei Richtungen hin (Sicherung der Arbeiter-löhne, Ausführungszeit und Zuschlag) einer Reform zu unterziehen.

Der Antrag beschäftigte die letzte Stadtvorordneten-Sitzung. Stadtv. Pieper (Soe.) begründete den Antrag kurz, indem er auf die Erfahrungen bei Vergabung der „Rothsandsarbeiten“ verwies und den Grundgedanke anstellte, daß jede Gemeinde es nicht nur billig in der Hand habe, sondern auch die moralische Pflicht trage, zu verhindern, daß das Unternehmertum auf Kosten der Arbeiter unter einander Schmutzkonkurrenz treibe. Gegen den Antrag wendete der Stadtv. Vender (Konf.), dem als Regierungswannist doch eine bessere Logik zuzutrauen wäre, folgendes ein: Allerdings befände sich das Submissionswesen sehr im Argen, aber man soll es ruhig dem Staat überlassen, hier einzugreifen. Kleineswegs gezieme es sich für das kleine Spandau, hierzu — „an der Spitze“ zu marschieren. Auffällige Preisdifferenzen seien auch sehr oft zu erklären, daß manche Unternehmer zuweilen nur deshalb einen abnorm hohen Preis fordern, weil sie verhindern wollen, daß ihnen die Arbeit übertragen würde! Die Mehrheit konnte sich solchen Beweisgründen nicht verschließen und lehnte den sozialdemokratischen Antrag, dessen Notwendigkeit jedermann zugiebt, — ab.

Die Sache soll von der Kaufkommission aber „in Erwägung“ gezogen werden. Es wird fortgeschickt! —

Vorher haben unsre Genossen bereits dem Magistrat Gelegenheit, wieder einmal sein sozialreformarisches Licht leuchten zu lassen. Bei der Vorlage betr. einen Schulhausneubau regte Stadtv. Pieper (Soe.) zum wiederholten Male die Anlage eines Brausebades an, gleichzeitig verlangte er die Aufnahme einer Bestimmung in die Submissionsbedingungen betreffend Zahlung von ordentlichen Arbeiterlöhnen durch den Unternehmer. Dem hielt der Stadtvater Pauli entgegen, daß dies alles nicht angehe, denn: der geplante Neubau wäre zu klein, um ein Brausebad aufzunehmen, die Schuldeputation hätte diese Frage auch noch gar nicht beschäftigt und das mit den Löhnen sei — — Sache der Unternehmer; das Ordisstatut von 1896 verbiete (?) sogar die Aufnahme einer solchen Bestimmung in die Submissionsbedingungen. Vergessens verlusten unsre Genossen Pieper und Schmidt solche Logik zu erschüttern, die Mehrheit blieb fest, das heißt wie immer — allen Reformen abhold! Erwähnenswert ist noch die stundenlange Debatte, die sich um die Frage drehte, ob auch der städtische Grundbesitz, der nicht öffentlichem Dienst und Gebrauch diene, zu der Grundsteuer herangezogen sei. Der Magistrat verlangte die Aufnahme einer Ergänzung in die Grundsteuer-Ordnung, wonach städtischer Grundbesitz überhaupt steuerfrei bleiben solle. Die Stadtv. Engelhardt und Gen. (Konf.) beantragten dagegen die Besteuerung. Unsre Genossen griffen wiederholt in diese für die Beurteilung des heutigen Bürgerturns nicht uninteressante Debatte ein, und stellten sich strikte auf den Boden der Magistratsvorlage.

Endlich wurde in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 8 Stimmen der Magistratsantrag angenommen! Die Gegner der Besteuerung des städtischen Grundbesitzes blieben diesmal noch Sieger.

Zu den Reichstagswahlen im Kreise Spandau-Osthavelland. Im gegnerischen Lager verläutet bisher noch nichts sicheres über die Nominierung der Reichstagskandidaten für den Kreis Potsdam-Spandau-Osthavelland. Der liberale Kreis-Wahlverein hielt vor kurzem in Potsdam eine Versammlung ab, welche u. a. sich dahin schlüssig geworden ist, mit aller Energie sich an den Wahlkampf zu beteiligen, obgleich — — und das ist köstlich — — die gegenwärtige Zeit dem liberalen Gedanken nicht günstig ist! Wie die „Spandauer Patrone“ u. berichten weis, tragen sich die Konservativen mit dem Gedanken, Herrn Pauli wiederum aufzustellen. Es würde dies allerdings mit einer Aufhebung dieses Herrn, gegenüber unisrem Freunde Jubel, durchaus im Einklang stehen. Herr Pauli behauptete nämlich gegenüber Jubel, daß — es ihm keine Anstrengung kosten werde, wieder in den Reichstag zu kommen, wenn er selbst nur wolle. Herr Pauli wäre der Sozialdemokratie wohl der fürchterlichste Gegner — in seiner Raideität. Als dritte dürften die Herren Aufseimten diesmal auf dem Plane erscheinen; Herr v. Noth macht wenigstens in Spandau alle erdenklichen Anstrengungen. Nachdem es ihm kürzlich nach langem Bemühen endlich gelungen ist, eine Versammlung zusammenzubekommen, sind seine Hoffnungen gestiegen, und so hofft die Wählergarde allen Ernstes, durch eine selbständige Kandidatur etwas zu erreichen. Unsre Genossen hingegen können mit voller Zuversicht den kommenden Wahlen entgegengehen, sind sie doch bereits längst an der Arbeit, um unisrem Kandidaten, Dr. Karl Liebknecht, den Sieg zu sichern.

Ober-Schöneweide. Die von der Gemeinde errichtete obligatorische Fortbildungsschule wird voraussichtlich am 1. April ihren Unterricht beginnen. Der Lehrplan umfaßt wöchentlich sechs Unterrichtsstunden. Davon entfallen je zwei auf Deutsch, Rechnen und Zeichnen. Zur Teilnahme am Unterricht sind verpflichtet alle im Gemeindebezirk beschäftigten Gefellen, Gesellen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die an der Oberpreze belegenen Fabrik- und Handwerker sollen hinfür noch einer Verfügung des Wasserfiskus eine bestimmte Gebühr für das aus dem Aufwuchs entnommene Wasser zahlen. Seitens der hiesigen Polizeibehörde wird gegen das Aushängen von Plakaten, welche auf Vereinsfestlichkeiten hinweisen, die an sich nicht öffentlich sind, vorgegangen, und zwar mit der Motivierung, daß hierdurch den Festlichkeiten ein öffentlicher Charakter verliehen werde. Eine eigentümliche Auffassung!

Schöneberg. In der gestrigen Sitzung der Stadtvorordneten-Versammlung hielt Stadtbauinspektor Berger den von der Versammlung genehmigten Vortrag über das Kanalisationsprojekt. Die Stadt Schöneberg, deren Gebiet 998 Hektar umfaßt, wird in vier Haupt-Entwässerungssysteme geteilt, die in Unterbezirke zerfallen. Die Gesamtkosten für den vollen Ausbau werden sich auf 28 400 000 M. belaufen. Zunächst sind auszuführen der große Regenauslauf, der beim Löhovplatz in den Landwehrkanal mündet und 1 800 000 M. kostet, ein Pumpwerk für 800 000 M., ein Sammelkanal für 900 000 M. und ein Druckrohr vom 29 Kilometer Länge für 3 500 000 M. Das zunächst angelegte Miesfeld auf der Feldmark Rogow bei Deutsch-Buchhofen kostet 800 000 M.

Nach dem Schöneberger Stadthaus. Nach den Vorschlägen pro 1903 stellt sich die Einnahme im Grundstücks-Etat auf 15 090 M. Diese ergibt sich größtenteils aus erzielten Mieten von Gemeindegrundstücken, gegen das Vorjahr ein Mehr von 2400 M. Die Ausgaben betragen 4798 M. — Beim Feuerlösch-Etat steht einer Einnahme von nur 3200 M. eine Ausgabe von 112 184 M. gegenüber, erfordert also einen Zuschuß von 108 984 M. Die Gehälter der Feuerwehrenten bewegen sich zwischen 1410 und 1290 M., die der Beamten zwischen 5000 und 1200 M. — Der Friedhofs-Etat schließt ab in Ausgabe mit 10 850 M., in Einnahme mit 27 780 M., gegen das Vorjahr mehr 777 M. — Das Helmholtz-Realgymnasium im Friedenauer Ortsteil erfordert einen Zuschuß von 6425 M., das Werner Siemens-Gymnasium, das am 1. April d. J. eröffnet werden soll, einen solchen von 3901 M. — Bedeutend ungenügender gestaltet sich der Etat der Realschule. Einer Einnahme von 14 776 M. steht eine Ausgabe von 25 405 M. gegenüber, die also einen Zuschuß von 10 629 M. erfordert. Gegen das Vorjahr ist die Ausgabe um 17 193 M., die Einnahme um 10 573 M. gestiegen. — Für die Fortbildungsschule, das Stieffeld der Verwaltung, werden nur 3170 M. von Gemeindegeldern zugewiesen, im ganzen betragen die Ausgaben 4440 M., wozu der Staatsbeitrag sich auf 1440 M. beläuft. Eine Erhöhung desselben ist auf vorläufige Zeit ausgeschlossen. — Die Kanal-Verwaltung wird veranlagt in Einnahme mit 174 811 M., in Ausgabe mit 312 870 M., erfordert also einen Zuschuß von 137 959 M. Für den Betrieb und die Unterhaltung des städtischen Kanalnetzes werden allein 292 124 M. ausgegeben.

Einen Selbstmordversuch in der Krankenanstalt zu Nizdorf unternahm gestern der Hausdiener Karl J. aus Berlin. Derselbe war am Sonntag die Braut des J., ein in Nizdorf in Stellung

gewesenes Dienstmädchen Hulda H. schwer krank eingeliefert worden und noch an demselben Tage verstorben. Als nun J. gestern nach dem Krankenhaus kam, um sich nach dem Befinden seiner Braut zu erkundigen und die Todesnachricht erhielt, war er zunächst ganz niedergeschlagen, verließ dann aber anscheinend ruhig die Anstalt. Vor der Thür jedoch schoß er sich aus einem Revolver eine Kugel in die linke Brustseite, so daß er betäubt zusammenbrach. Er liegt auch heute noch in sehr bedenklichem Zustande im Krankenhaus, doch besteht Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

## Gerichts-Zeitung.

Die schwierige Stellung eines Weinreisenden trat in einer Verhandlung zu Tage, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Kaufmann Kr. wurde im Juli 1891 von einer hiesigen größeren Weinfirma als Reisender angenommen. Er bezog ein Gehalt von monatlich 200 M. und erhielt täglich 24 M. Spesen und 2 Proz. des Umsatzes. Es wurde ihm die Aufgabe zu teil, die von ihm vertretene Firma in Vommern einzuführen. Nach Beendigung der Tour stellte sich bei der Abrechnung ein Fehlbetrag von reichlich 800 M. heraus. Der Angeklagte hatte geständig einen Teil der von ihm einlassierten Gelder für sich verbraucht. Der größte Teil des Fehlbetrages wurde dadurch gedeckt, daß die Firma das Gehalt des Angeklagten sowie das ihm zustehende Provisions-Guthaben für zwei Monate sperrete. Es wurde aber doch Anzeige gegen ihn erstattet. Der Angeklagte wies im Termine darauf hin, daß ein Weinreisender mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Er müsse sich jeden Auftrag gewissermaßen „ertrinken“ und wenn man erst einige Flaschen Wein zu sich genommen habe, so überlege man nicht mehr so ängstlich, ob man den festgesetzten Speisensatz auch nicht überschreite. Auch sei es vorgekommen, daß er in seinem fortwährend angeregtem Zustande vergessen habe, kleinere einlassierte Beträge zu notieren. So sei dann nach und nach der Fehlbetrag entstanden, aber die Absicht einer Unterschlagung habe ihm fern gelegen. Ein Weinreisender müsse in der Provinz alles mitmachen, werde er von dem Hotelbesitzer aufgefordert, sich mit ihm und einigen andern Gästen an einem Feiertag zu beteiligen, so dürfe er es im Interesse des Geschäfts nicht abschlagen. Wenn man berücksichtige, daß ein Reisender täglich fünf und mehr Besuche zu machen habe, so sei es einleuchtend, daß der anscheinend hohe Speisensatz von 24 M. nicht immer ausreiche. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für schuldig der Unterschlagung und beantragte gegen ihn zwei Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Justizrat Bronner, zog in Zweifel, ob sich das Verhalten des Angeklagten als Unterschlagung kennzeichnen lasse, denn es liege doch die Wahrscheinlichkeit vor, daß er den Fehlbetrag im Interesse des Geschäfts verausgabte habe.

Der Gerichtshof beschloß, die Sache bis zum Freitag, den 30. d. M., auszusuchen.

„Politische Papieren.“ Der evangelische Pfarrerverein für Rastau (Sig. Vimbung) hatte seine Aufnahme in das Vereinsregister beantragt. Der Landrat erhob jedoch gemäß § 61 des Bürgerlichen Gesetzbuches Einspruch, weil der Pfarrerverein religiöse und politische Zwecke verfolgte. Der Vorstand klagte dann gegen den Landrat beim Bezirksauswahlschuss und bestritt, daß der Verein politische und religiöse Zwecke verfolgte. Er bezwecke lediglich den Zusammenschluß der evangelischen Geistlichen des Konsistorialbezirks Wiesbaden zur Vertretung ihrer Interessen in allen an sie herantretenden Aufgaben. Politische Zwecke seien durch das Statut ausdrücklich ausgeschlossen. Wenn gelegentlich religiöse oder politische Mittel angewandt würden, dann geschehe das immer nur zur Erreichung des allgemeinen, weder politischen noch religiösen Vereinszwecks.

Der Bezirksauswahlschuss zu Wiesbaden wies jedoch die Klage ab, indem er davon ausging, daß der Verein religiöse Zwecke verfolgte, da er unter andern die kirchlichen Arbeiten fördern wolle. Außerdem nahm der Bezirksauswahlschuss auch eine Verfolgung politischer Zwecke an, weil der Verein auch auf die Verwaltung und Gesetzgebung Einfluß zu nehmen bestrift sei.

Das Ober-Verwaltungsgericht als Berufungsinstanz erkannte ebenfalls zu Ungunsten des Pfarrervereins und führte aus: Auf die Frage, ob der Verein religiöse Zwecke verfolgte, brauche nicht eingegangen werden, denn auf jeden Fall sei eine Verfolgung politischer Zwecke anzunehmen. Das Statut sei für die Beurteilung des Vereins allein nicht maßgebend, auch die tatsächlichen Verhältnisse müßten berücksichtigt werden. Der Verein sei nur vorstellig geworden wegen Verletzung der nassauischen General-Superintendentur mit einem Kassauer und ferner habe er in einer Eingabe verlangt, daß die Stellung der Spitze des Konsistoriums von der Stellung des Dirigenten der Regierungsabteilung für Schulen und Kirchen in Wiesbaden getrennt werden möge. Ind schließlich habe der Verein auf das Zustandekommen des neuen Pfarrverordnungs-Gesetzes hingewirkt. Somit erstrebe der Verein eine Einwirkung auf Verwaltung und Gesetzgebung, verfolge also politische Zwecke. Deshalb sei der Einspruch des Landrats gerechtfertigt.

Es mag gar nichts schaden, daß auch die evangelischen Geistlichen einmal die Herrlichkeiten polizeilicher Rechtsauffassung am eignen Leibe zu spüren bekommen.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands (Bezirk Berlin). Mittwochabend 9 Uhr: Sitzung, Armihallen, Kommandantenstr. 20. Gäste willkommen.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der illustrierten Romanbibliothek. In Freien Stunden“ liegen die Hefte 3 und 4 des neuen Jahrgangs vor. „Der Goldmann“, ein volkstümlicher Roman des ungarischen Dichters R. Tosi, erscheint als Hauptroman.

Reben diesen Hauptroman gelangt die illustrierte, handlichste die Jugend so sehr schätzende Erzählung der beiden beliebten Schriftsteller Erdmann-Charian: „Frau Therese“ zum Abdruck, worin dem Leser die Zeit der großen französischen Revolution mit ihren die Massen begeisterten Ideen der allgemeinen Völkerverbrüderung und Völkerverbrüderung vor Augen geführt wird.

Die Hefte erscheinen wöchentlich zu 10 Pf. Bestellungen nehmen jeder Kolporteur sowie die Expeditionen der Verlagsblätter und die Post (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3858) entgegen. Wir können unseren Lesern das Abonnement empfehlen.

Prof. Dr. Mannheimer, Geschichte der Philosophie in übersichtlicher Darstellung. I. Teil, 2. umgearbeitete und erheblich vermehrte Auflage. Frankfurt a. M. 1903. Neuer Frankfurt Verlag. G. m. b. H.

Geschichte der deutschen Zimmererbewegung. Herausgegeben im Auftrag des Centralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgehilfen Deutschlands von August Bringmann. Verlag von J. D. B. Dieckmann, Stuttgart. Der soeben erschienene erste Band dieser Schrift, die später noch fortgesetzt werden soll, jedoch auch für sich ein abgeschlossenes Ganzes bildet, enthält folgende Abchnitte: I. Die Anfänge der Zimmerleute. II. Die Entwicklung der Zimmerer. III. Die Gründung der modernen Gewerkschaften in Deutschland durch die politische Arbeiterbewegung. — Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.

## Vermischtes.

Brandkatastrophe in einem Irenenhaus. In dem im Norden Londons gelegenen Irenenhaus Colney Hatch brach gestern in einem provisorischen Anbau, in dem eine große Anzahl Frauen untergebracht ist, Feuer aus, das bei dem starken Winde, der herrschte, schnell um sich griff. Mehrere Inassen des Irenenhauses sind entzündet. Bis jetzt ist festgestellt, daß fünfzig Personen bei der Feuersbrunst im Irenenhaus Colney Hatch umgekommen sind. In der Abteilung, wo das Feuer früh 5 1/2 Uhr ausbrach, waren etwa 800 irrsinnige jüdische Frauen untergebracht; nach 4 Stunden war der Brand gelöscht.

Herzergreifende Szenen spielten sich nach dem Brande in dem Irenenhaus Colney Hatch ab. Die geängstigten Angehörigen der Irnsinnigen belagerten sämtliche Zugänge, weinten und verlangten

Auskunft, die ihnen jedoch in vielen Fällen von den Beamten nicht gegeben werden konnte. Die Wärter hatten die größte Schwierigkeit, den erschreckten Inassen zu helfen. Viele waren so von Schreck überwältigt, daß sie thätlich nach einem sicher gelegenen Orte getrieben werden mußten. Gleichwohl gelang es den Angeestellten, die manchmal in dem dichten Rauch fast erstickten, den größten Teil der Irnsinnigen in das Hauptgebäude zu bringen. Von dem Anbau sieht man nur noch einige rauchende Trümmerhaufen. Nach den letzten Feststellungen sind 52 Personen bei dem Brande umgekommen, von denen einige in ihren Betten verbrannt sind. Andere wurden in den Ecken zusammengebrängt aufgefunden.

Der Knopfabrikant Paul Dymann, welcher nach Verübung verschiedener Verbrechen flüchtig geworden war, jedoch kurz vor der Ausreise nach Amerika in Hamburg festgenommen ist, hat, wie zu Kenntnis der Kriminalpolizei gekommen ist, noch eine Anzahl Geschäftsleute, deren Namen jedoch nicht bekannt sind, in der Weise geschädigt, daß er Waren, wie Wäsche usw., auf Kredit entnommen hat und dann abgereist ist. Etwaige Geschädigte wollen sich im Präsidial-Gebäude, Eingang Dirksenstraße, 2 Treppen, Zimmer 320, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr melden.

Gauseinsturz in Kiel. Gestern vormittag stürzte in der Baseler Allee zu Kiel ein vierstöckiger Neubau in sich zusammen. Vier Dachdecker wurden unter den Trümmern begraben. Einer der Verunglückten Namens Ströb wurde tot unter dem Mauerwerk hervorgezogen, die anderen gelang es bisher nicht aufzufinden; Ströb hinterläßt eine große Familie. Vor der Katastrophe hatte der Kantarpolier die Gefahr des Einsturzes bemerkt und seine Arbeiter gewarnt, die sich auch bis auf die vier Beschäftigten rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten.

Von der Insel Martinique wird gemeldet: 400 Passagiere des englischen Schiffes „Est“ wollten die Ruinen von St. Pierre besichtigen. 200 Personen waren eben ans Land gebracht worden, als mit furchtbarem Krachen und Donner der neugebildete, 250 Meter hohe Kegel des Mont Pelé einstürzte. Minutenlange Finsternis folgte. Man hielt anfangs die Geländeten für verloren. Erst zwei Stunden später waren alle wieder an Bord vereint, aber der Schrecken wirkte noch lange fort. Schwefeldunst erfüllte die Luft und hüllte den Dampfer ein, so lange Martinique in Sicht war. Man ist in großer Verlegenheit wegen der vom Pariser Geselchenten Lacroix geleiteten Pelé-Station und ihrer Bewohner. Lacroix wollte, obgleich er den Umsturz des Kegels für unmittelbar bevorstehend erklärte, seinen Posten nicht verlassen.

## Briefkasten der Redaktion.

Mülheim. Katholik Krupp-Legende. Von uns ist keine Prämie von lausend bis zu einer Million Mark ausgelobt worden.

K. K. Köln: Inflation, Geldwertverfall.

B. Bremen war 1890 bis 1893 sozialdemokratisch im Reichstage vertreten.

H. S. Sie sind sehr im Argen mit Ihrer Meinung, daß der Staat die fünf Milliarden der französischen Kriegsschuldung noch nicht angegriffen habe. Das Geld ist längst verthan bis auf die 120 Mill. Mark, die im Juliusturm zu Spandau als Kriegsschatz liegen.

Wiesbaden. Wir bitten Sie, sich ein wenig in Ihren Anträgen zu mähen. Vielen Anträgen und darunter zum Teil so mühsame wie die, welche Partei die sämtlichen Kinder von L. angehören — das ist selbst für eine so geduldige Redaktion wie die unsrige, ein bißchen viel.

H. H. Hohenzollern-Kunstgewerbehaus, Leipzigstr. 13.

H. W. Die „Ebe“ ist im Februar 1877 untergegangen. — Die Cholera brach Mitte August 1892 in Hamburg aus.

Wolff 100. 32 Veranlassungen.

Freienwalde. Im „Vorwärts“ darauf einzugehen, halten wir für nutzlos, da der „Vorwärts“ doch von dem Publikum, an das sich der betreffende Kalender wendet, nicht gelesen wird. Wir haben es der Redaktion der „Ebe“ übergeben, die eher in diese Kreise dringt.

Mittag 52. Nach der Zählung von 1895, die vorläufig allein zu Grunde gelegt werden kann, in Deutschland Schaumburg-Blippe mit 41 224 Einwohnern und in Berlin der erste Kreis mit 90 657 Einwohnern.

Jr. R. 01. Zur Unterstützung und Pflege armer Waisen in Berlin bestehen in Berlin fünf Vereine, die mit einander in Verbindung stehen. Der Verein zur Pflege und Unterstützung armer Waisenmädchen unter dem Vorh. der Frau Prediger Hohbock, Rindfleischstr. 36, spendet zehn Tage lang Suppen und Kinderseug. Im Südosten wendet man sich an Frau Prediger Schönbach, Rindfleischstr. 38, oder an Frau Dr. Vogelweiser, Mariannen-Platz 4. Die Abteilung für Hauspflege des Berliner Frauenvereins, Vorsitzende Frau Sanitätsrat Schwerin, O. Au der Schloßstr. 13, führt in Familien, wo die Frau durch Krankheit oder Hohenheit verhindert ist, die Pflege, Krankenpflege ausgeschlossen. Weiter im Südosten ist Frau Franke, Grünauerstr. 6. Der Verein Waisenmädchen-Heim nimmt Urbanstr. 38 Schwangere kurz vor der Niederkunft auf; Wohnungen daselbst. Der Verein für häusliche Gesundheitspflege, Eichenstr. 16, Hof 1 Tr. 1, stiftet Stärkungsmittel und Bäder. Der Frauen-Größenverein, Zeitung Frau Propst v. d. Holt, Brüderstr. 10, gibt Anweisung auf Lebensmittel in Höhe von 5 M. und außerdem in dringenden Fällen Brennmaterial, Bett- und Leibwäsche etc.

## Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

G. R. Rr. 17. Ihr Bruder ist nicht unglücklich. Auch gegen die Stadt hat er keine Ansprüche. Im dem Unfall trifft niemand eine Schuld. — R. R. 80. Rücktritt ist unzulässig. Sie müssen zahlen.

— R. 74. 1. Wenn Sie alle Papiere da und in Ordnung haben, können Sie im Falle großer Beschleunigung in 4—5 Monaten naturalisiert sein. Dit dauert die Naturalisation weit länger. 2. Im Stempelwesen erwachsen Ihnen 50 M., die im Fall nachgewiesener Bedürftigkeit bis auf 5 M. ermäßigt werden können. Die sonstigen Kosten sind nur geringfügig. 3. Ein Ausländer kann jederzeit ausreisen, wenn er sich nach Auffassung der Polizei „läufig“ macht. Natürlich genügt unter Umständen auch schon eine Vollzeitschule. — R. 76. Ueber die Zahlung der drei Mark werden Sie nur den Eid zuziehen können; natürlich müssen Sie mit einem solchen Eid rechnen. Da Sie drei Mark schuldig waren, so müssen Sie die Kosten des Zahlungsbefehls tragen. Wenn Sie der Ehrlichkeit des Gegners nicht trauen, so zahlen Sie am besten alles und ersparen sich Kosten. — R. 7. 1088. Kommen Sie bitte in die Sprechstunde.

Weiter: Prognose für Mittwoch, den 28. Januar 1903.

Etwas kühler, zeitweise heiter, aber noch bedeutend mit geringen Niederschlägen und trübem weißlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

## Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Rittenmaderstraße 30, n. part. — Dritter Wahlkreis: St. Frig, Ringstr. 31, Hof rechts part. — Vierter Wahlkreis O.: Robert Bengel, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — 80.: Paul Böhm, Rauscherplatz 14/15 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Sielgenburg, Bienenstr. 41/42. — Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann Kaspale, Brunnenstr. 93, Hof part. I. — Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Sanktamen-Allee 95/96. — Alt-Glienicker: B. Pries, Hindenburgstr. 68. — Charlottenburg: Gustav Schwarzenberg, Felsenheimerstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn I. — Deutsch-Wilmersdorf: W. Rißel, Ullandstr. 106, part. — Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen: Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. — Grünau: Gustav Miess, Adlershofstr. 21. — Rixdorf: Hermann, Ring Handbergstraße 7, im Laden. — Schönberg: Wilhelm Sämler, Martin Lutherstr. 51, Laden. — Ober-Schöneweide: Richard Järl, Edlönstraße 4, vorn 2 Treppen. — Nieder-Schöneweide: Donatonsstr., Berlinerstr. 8. — Johannisthal: Paul Rann, Blomauerstr. 7. — Adlershof: Gustav Hise, Gadenbergstraße 8. — Köpenick: Friedrich Böid, Grünstr. 29. — Friedenau-Steglitz: H. Bernsee, Kirchstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Böhr, Duppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Wernstr. 15a. — Baumschulenweg: St. O., Grünstr. 2 II. — Neu-Weissensee: Joseph Rein, Friedr. Allee 38, Ecke Schraustraße. — Rummelsburg: Förgbert, Prinz Albrechtstr. 5a. — Pankow: R. Mummert, Moritzstr. 43.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Bitte ausschneiden.

# Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Ein Ehrenwort.**  
Schauspiel in 4 Akten von Otto Erich Hartleben.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Renaissance.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Ein Ehrenwort.**

**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Sappho.**  
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Das Geheimnis der Gilde.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Esther.**  
Hierauf: **Zwei Eisen im Feuer.**

# Central-Verband der Töpfer.

**Filiale Berlin.**  
Donnerstag, den 29. Januar, abends präc. 6 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Kassembereicht vom 4. Quartal 1902. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Bericht des Kassenschatlers. 4. Gewerkschaftliches. Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand.

## Theater.

Mittwoch, 28. Januar.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Opernhaus.** Samson und Dalila.  
**Schauspielhaus.** König Heinrich der Fünfte.  
**Neues Opern-Theater.** Geschlossen.  
**Deutsches.** Der arme Heinrich.  
**Berliner.** Alt-Heidelberg.  
**König.** Der blinde Passagier.  
**Neues.** Die Fliege.  
**Wesend.** Die beiden Schwestern.  
**Thalia.** Charles Tante. Vorher: Cassis Pascha.  
**Westen.** Die Fledermaus.  
**Central.** Madame Sherry.  
**Belle-Alliance-Theater.** Am Telephon. Hierauf: Cupido u. Co.  
Anfang 8 Uhr.  
**Schiller O.** (Wallner-Theater).  
Ein Ehrenwort.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Sappho.  
**Carl Weisk.** Familie Humbert oder Der 100 Millionen-Schwindel.  
**Luisen.** Die Cameliendame.  
**Metropol.** Neues! Allerneuestes! Bunte. System Aubert.  
**Aleines.** Nachtspiel.  
**Trionon.** Die Liebeschaukel.  
**Casino.** Christliche Arbeit. Spezialität.  
**Nyphol.** Spezialitäten. — Frau Luna.  
**Palast.** Auf hoher See. Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Steidl.** Steidl-Sänger.  
**Vasage-Theater.** Spezialitäten.  
**Vasage-Panoptikum.** Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
Das Land Tirol.  
**Invalidenstraße 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

## Urania.

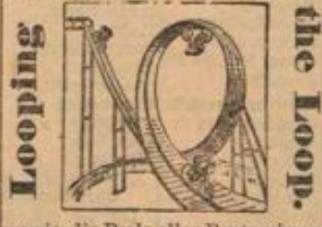
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**  
**Sternwarte**  
Invalidenstraße 57/62.

## CASTANS Panoptikum

Friedrichstraße 105.  
Grosse  
**Busch-Ausstellung.**  
Max u. Moritz, Pater Filicinus etc.  
Zauberkünstler F. Roberts (d. Verschwinden einer Dame).  
Kasperle-Theater. — Illusionen.  
Gr. Promenaden-Konzert.

## Cirkus Schumann

Mittwoch, den 28. Januar 1903,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Ausserordentl. grosse Vorstellung.**  
Hervorragend neues Programm.  
12 der vorzüglichsten Nummern des Repertoires; ausserdem der kühne Künstler **Mr. Diavolo.**



sowie die Perle aller Pantomimen  
**Die lustigen Heidelberger.**

## Trionon-Theater.

Georgenstraße.  
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.  
**Die Liebeschaukel.**  
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.  
Anfang 8 Uhr.

## Buntes Theater

Köpenickerstraße 68.  
Abends 8 Uhr:  
**System Aubert**  
Die angewandte Philosophie.  
Plauderei in 1 Akt v. Ruth Goetz.

## W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstraße 16.  
**Carmen.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Donnerstag: Eine Vögel als Medizin. — Freitag: Extra-Vorstellung.

## Wintergarten

Das sensationelle  
**Januar-Programm.**  
Tortajada Spanische Tänzerin.  
Paul Conchas. „Im Bivouac“.  
Morton und Elliott, Excentrics.  
Wallino und Marinotte, Tanzduo.  
**Thompsons Wunder-Elefanten.**  
Humorist.  
**Otto Reutter.**  
Das Bordevery-Trio.  
**Adrienne Larive.** Pariser Sängerin.  
Albertus u. Bartram, Keulen-Jongl.  
Die 7 Allisonen, Akrobaten.  
„Das Mädchen mit dem goldenen Haar“.  
Eine Vision.

## Residenz-Theater.

Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die beiden Schwestern.**  
(Les deux Ecoles.)  
Lustspiel in 4 Akten von Mfr. Cabot.  
Morgen und folgende Tage: **Die beiden Schwestern.**  
Freitag, den 30. Januar cr., zum erstenmal: **Lutti (Louise).** Schwanke in 4 Akten von Pierre Vebert. Deutsch von Max Schönmay.  
Sonntagabend 8 Uhr: **Nora.**

## Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.  
Benefiz für Hrl. Mill. Wichmann.  
**Familie Humbert**  
oder:  
Der 100 Millionen-Schwindel.  
Aktuelle Komödie in 5 Akten nach den bekannten Pariser Vorgängen von Edward Godeffroy, deutsch v. F. Paris.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Gefallene Mädchen.  
Hierauf: Sie. — Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung.  
Güntzel und Gretel.

## Palast-Theater

Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.  
Nur noch bis Freitag, den 30. Jan.:  
**Der unvergleichliche Schlager!**  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**Auf hoher See.**  
Lebensbild in Gesang u. Tanz in 3 Akten.  
Dazu das phänom. Pan-Programm.  
Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf.  
Sonnabend, den 31. Januar 1903:  
**Gr. Premieren-Abend.**  
8 1/2 Uhr. Zum erstenmal: 8 1/2 Uhr.  
**Berliner Luft.**  
Dr. Doerfflinghoff mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Rolke.  
Mit durchaus neuer Ausstattung.  
Wilhelm Zwickel. Dir.: Rich. Winkler.

## Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3  
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Wochentags:  
Entree frei  
**5 Kapellen**  
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

## Reichshallen.

**Stettiner Sänger.**  
H.a. Vor 25 Jahren  
Wiltshof v. Wehler.  
Bum Schluß, neu:  
biete Schambere  
garantieren!!!  
Suntste von Wehler.

## Steidl-Theater

Linien-  
straße 132.  
Dramen-  
burger Thor.  
**Neues Programm.**  
Der vorzügliche Tenorist  
**Galvagni.**  
Ferner: Niesen-Lachserfolg:  
**Familie Humbert.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
(Vorverkauf Wochenabends 40 Pf.)

## Reinwollene Glusen N. 2.50

im Fabrik-Gesch. Kaiser Wilhelm-  
straße 40, 1. Etage (Reiner Markt).

## Cirkus Busch.

Mittwoch, den 28. Januar 1903,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Vorstellung.**  
Kalifornische Seelöwen. — Tariatoff  
Troupe. — Elefant und Pferd.  
Amateurreiten. — Dahomey mit  
Elefanten im Bade.

## Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.  
Jeden Tag:  
**Der schöne Max aus  
Franz-Budholz.**  
Genre: Boobierfest.  
Im Kaiser-Saal:  
**Norddeutsche Sänger  
und Tanz.**

## Königstadt-Casino.

Holzmarkt 72, Ecke Alexanderstr.  
Täglich eröff. Spezialitäten-Vor-  
stellung. Jed. Mittwoch, Sonnab.  
und Sonntag Tanzkriechen.  
Wf. Wochent. 8. Sonntags 6 Uhr.

## Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété  
Kommandanten-Straße 77/79.  
Direktion: Carl Havorland.  
Täglich: Gr. Vorstellung.  
**Das grosse amüsante  
Januar-Programm**  
Nur allererste Kunstkräfte.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch  
nach der Vorstellung:  
**TANZ.**

## „Zur Klaus“

Görlitzer-  
strasse 43.  
Allen meinen Bekannten u. Freunden  
empfehle ich mein neu eröffnetes  
**Lokal.** In jeder Tageszeit Kaffee,  
Bouillon, selbstgeb. Kuchen, div.  
Biere, kalte und warme Speisen  
in bester Güte. Pianino, Billard-  
und Billardzimmer 40—50 Personen.  
Jahreslang Besuch entgegennehmend,  
schonend ergehenst  
**Max Pönitz.**

## Dr. Simmel.

Prinzen-  
Str. 41.  
Spezialarzt für 165/117  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

## Masken- u. Theater-Verleih- Institut.

Größtes im Norden! Damen u. Herren.  
Historische Nationaltrachten; Tyroler;  
eleg. Dominos; Hochzeitskläder.  
**C. Gromall,** Hofenthaler Thor  
Eingang Elsassstr. 97/1.

## Weimar Geld-Lotterie.

Ziehung 3., 4. Febr. cr.  
Gewinne insgesamt:  
**190 000 M.**  
Hauptgewinne:  
**60 000 M.**  
**30 000 „**  
**10 000 „**  
ufo. 17005  
Lose a RT. 3.—, Porto und Liste  
90 Pf. extra, offeriert  
**P. Hempel,**  
Bankgeschäft, N. Badstraße 11.

## Neu eröffnet! Gute Ventilation!

## Café Schurig.

Oranien-Str. 144  
sicht am Moritzplatz.  
Kaffee 10 u. 15; Bier 10 Pf.  
Billard a Stunde 40 Pf.  
Dr. Witschul a. Zeitungen,  
modernem Zeitungs- und  
Zeitungsmaterial. (1902)

## Achtung! Achtung!

## Drucksachen

für Private und Vereine  
liefert schnell, korrekt und  
preiswert  
**Druckerei „Süd-Ost“**  
Wrangelstr. 86,  
52221. Telephone IV, 7891

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Güntzel,  
Rosenthalerstr. 57:  
**Branchen-Versammlung der Stellmacher.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission und Wahl derselben. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Es ist notwendig, daß jeder Kollege erscheint.  
Der Obmann.

## Volkshaus-Verein Charlottenburg.

Sonntag, den 1. Februar, im „Volkshaus“, Rosenthalerstr. 3:  
Vortrag über: **Kunst und Arbeiter.** Referent: Dr. Alberty.  
Nach dem Vortrage: Liebesvorträge. Recitationen. Sociale und  
humoristische Gedichte von Dr. Alberty u. a. m.  
Nachdem: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**  
Programm 25 Pf. — Anfang nachmittags 5 Uhr. 283/10

## Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Gross-Lichterfelde.  
Mittwoch, den 28. Januar, abends 8 Uhr:  
**Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung**  
bei G. Richter, Chausseestr. 101.  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl der Delegierten zum Verbandstage. 2. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen erucht  
Die Ortsverwaltung. R. W.: H. Lehmann.  
136/4

## Freie Volksbühne.

Donnerstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr,  
in Cohns Festhallen, Beuthstr. 19-21:  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung: Vortrag: Herr Dr. Sigmar Mehring:  
„Die sociale Lyrik der Franzosen“. Recitation: Herr  
Wehlan (Schiller-Theater). Geschäfts- und Kassenbericht  
des Vorstandes, Revisionsbericht, Diskussion und Ver-  
schiedenes.  
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der  
Mitgliedskarte gestattet.

## Metropol-Theater.

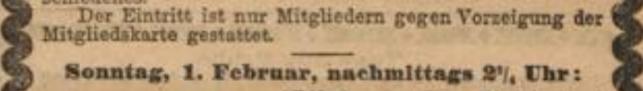
5./6. Abteilung:  
**L'intruse** (Der Eindringling)  
von Maurice Maeterlinck.  
**Der Kammer Sänger** von  
Frank Wedekind.  
**Litteratur** von A. Schnitzler.

## Die 7. Serie im Lessing-Theater beginnt am 8. Februar.

## Dämmerung.

Schauspiel in 5 Akten von Ernst Rosmer.  
Das Bühnenheft wird in den Zahlstellen bei  
der Beitragszahlung unentgeltlich an die Mitglieder ver-  
abfolgt.  
Der Theaterzettel mit dem Personenverzeichnis  
wird im Theater ausgegeben.  
228/5  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

## Raucher Haas-Tabak



Specialität:  
**Berliner Shag hell**  
in 10 Pfg. Packeten  
Hochfein im Geschmack u. Aroma.  
Zu haben in allen  
Gigarrengeschäften.  
**H. SALTZMANN**  
Berlin S. Luisenufer 3

## Hüte

Chapeau claque . von 7.50.  
Cylinderhüte . . von 4.00.  
Fitzhüte . . . von 1.50.

## Pelz-Waaren

nur eigenes Fabrikat.  
Schirme größtes Lager.  
**Stto Gerholdt,** Dresdener-Strasse 2,  
Ecke Skalitzer-Str.



